

Wir Rheinländer



Das Museums-Magazin für Schulen

WirRheinländer

Das Museums- Magazin für Schulen

IMPRESSUM

© Landschaftsverband Rheinland

Herausgeber:

Rheinisches Freilichtmuseum und

Landesmuseum für Volkskunde Kommern

Redaktionsanschrift:

Rheinisches Freilichtmuseum und

Landesmuseum für Volkskunde Kommern

Auf dem Kahlenbusch

53894 Mechernich-Kommern

Tel.: 02443 99800

Fax: 02443 9980 133

Internet: www.kommern.lvr.de

www.wir-rheinlaender.lvr.de

Texte: nrw2000, Dr. Wolfgang Splitter,
Peter Braun

Redaktion: Peter Braun, Claus Cepok

Layout: Hausdruckerei

des Landschaftsverbandes

Rheinland

Druck: Druckerei C. Limbach GmbH, Köln



Editorial?
Seite 4



Die Dauerausstellung –
WirRheinländer
Seite 5

Unterstützung garantiert,
Zusammenarbeit erwünscht!
Seite 7

Die neun Ausstellungs-
abschnitte –
I. Das Rheinland unter den
Franzosen
Seite 8/9



II. Das Rheinland unter den
Preußen
Seite 14

Die Revolution von 1848
Seite 16



IV. Industrialisierung
Seite 18

V. Hurratriotismus
Seite 21

VI. Erster Weltkrieg
Seite 24



VII. Weimar,
Nazidiktatur und
Zweiter Weltkrieg
Seite 29

VIII. Trizonien (1945–1948)
Seite 33

IX. Wirtschaftswunder
Seite 36

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Geschichte des Rheinlands als Schmelztiegel zahlreicher Völker im Herzen Europas widerzuspiegeln, ist Aufgabe der neuen Dauerausstellung „WirRheinländer“ des Landschaftsverbands Rheinland



im Rheinischen Freilichtmuseum und Landesmuseum für Volkskunde in Kommern. Bei der Schöpfung eines Europas der Regionen ist die Vermittlung der besonderen rheinischen Kultur und Kulturgeschichte ein ebenso attraktives wie Erfolg versprechendes Erlebnis, das in seiner Gestaltungsform der Inszenierung von Geschichte einmalig ist. Bemerkenswert, dass bisher kein Rheinländer eine solche Präsentation als ständige Reflexion der eigenen Vergangenheit vermisst hat. Sicherlich kennen wir in Wesel das Preußenmuseum. Auch das Landesmuseum von Rheinland-Pfalz auf der Feste Ehrenbreitstein spiegelt rheinische Geschichte wieder, ebenso die zahlreichen Stadt- und Kreismuseen – doch stets nur ausschnittshaft.

Die Ausstellung „WirRheinländer“ soll vor allem bei jungen Menschen Defizite von Geschichtskennntnissen abbauen helfen. Die Besucher des Rheinischen Freilichtmuseums haben in ihren Kommentaren zu einer Vorgängerausstellung, „Die Eingeborenen von Trizonesien“, welche die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Währungsreform schilderte, das Bedürfnis

nach inszenierten Ausstellungen deklariert. Sie haben bestätigt, dass einerseits verschüttetes Wissen oder Wissensdefizite auf diese Weise bestens aufgedeckt, andererseits die Lust, die eigene Geschichte kennen zu lernen, nachdrücklich gefördert wird. So wurde in

den neunziger Jahren den Schulen die Gelegenheit geboten, das Thema, welches mit rheinischem Bezug in Lehrbüchern fehlt, im Museum aufzubereiten. Auch mit der Ausstellung „Schöne Neue Welt“, welche die Auswanderung der Rheinländer nach Amerika schildert, hat das Rheinische Freilichtmuseum einschlägige, publikumswirksame Erfahrungen gesammelt.

Die Ausstellung „WirRheinländer“ soll aber auch für die im Rheinland lebenden Menschen Identität stiftend wirken. Denn bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts empfanden sich seine Einwohner bedingt durch die Kleinstaaterei nicht als Rheinländer. Sie waren an Herrschaftsgebiete, nicht an geographische Bezüge gebunden. Diese Sichtweise änderte sich durch äußere Einflüsse: erstens durch die französische Besetzung des linken Rheinuferes im Jahr 1794 und zweitens durch die „preußische Landnahme“ nach dem Wiener Kongress im Jahr 1815.

Erst mit der preußischen Übernahme entstand ein territorial und geographisch kongruentes „Rheinland“, vorerst aus zwei Provinzen, ab 1822 aus nur noch einer Provinz bestehend, wofür

sich ab 1830 die Bezeichnung Rheinprovinz herausbildete und allmählich in der Bevölkerung verfestigte, vor allem bei den Bayern, die uns heute noch Preußen nennen. Die Teilung dieser Provinz nach dem Zweiten Weltkrieg hat die Identität in den Köpfen der Rheinländer weitgehend verflüchtigt. Darum erstaunt wohl auch nicht, wenn weder in „Nordrhein-Westfalen“, noch in „Rheinland-Pfalz“, eine Dokumentationsstätte zur rund 200jährigen Geschichte des territorialen Rheinlands besteht.

Die Ausstellung wird Jugendlichen auf spannende Weise rheinische Geschichte von 1794 bis in die fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts vermitteln. Das von Peter Braun verfasste Museumsmagazin eignet sich in hervorragender Weise sowohl für die Vorbereitung eines Ausstellungsbesuchs mit Ihrer Klasse als auch für die Verwendung im Unterricht.

Kommern, im März 2006

Dieter Pesch

200 Jahre auf Spurensuche im Rheinland! Die Dauerausstellung „WirRheinländer“

Der Schweizer Pädagoge, Schriftsteller und Sozialreformer Johann Heinrich Pestalozzi (1746-1827), der 1792 zum Ehrenbürger der Französischen Republik ernannt wurde, verfasste seine wichtigsten Schriften zur didaktischen Methode um 1803.

Schon er erkannte, dass die paritätische Förderung der menschlichen Möglichkeiten eine Grundforderung sein muss. Er stellte das Postulat von der gleichmäßigen Förderung von „Kopf,

Herz und Hand“ auf, einer umfassenden Entwicklung der geistigen, sittlich-religiösen und körperlich-werk tätigen Kräfte.

Auch wenn neuere Didaktiker ihn als Kind seiner Zeit und seine Erziehungskonzeption in der Umsetzung als gescheitert gesehen haben wollen, so bleibt festzuhalten, dass sich erfolgreiches Lernen nicht auf einer, sondern auf vielen sensorischen Ebenen abspielt. So müssen moderne pädagogische

Konzepte darauf zielen, ein Lern- und Erlebnisklima zu schaffen, durch das der Heranwachsende Verhaltensweisen und Fähigkeiten wie Wahrnehmen, Analysieren, Produzieren, Besprechen und Beurteilen entwickelt und zu Kenntnissen (hier z.B. historischer Zusammenhänge) und Fertigkeiten (z. B. der Visualisierung von Ergebnissen) gelangt.

Diesen Aspekten des modernen Lernens hat sich das Rheinische Frei-



Ansicht auf Koblenz und die Feste Ehrenbreitstein. Kolorierter Stich um 1850. Repro: Peter Braun, RFM.



Schmuckblatt zum Kölner Karneval von 1828. Kolorierter Stich.
Repro: Peter Braun, RFM.

lichtmuseum Kommern in seinen Schulprojekten und Ausstellungen verschrieben. Mit der Dauerausstellung „WirRheinländer“ ist es dem Rheinischen Freilichtmuseum gelungen, nahezu 200 Jahre Rheinischer Geschichte unter das Dach einer 1300 m² großen Ausstellungshalle zu bringen. In neun Inszenierungen wird jedem Besucher/ jeder Besucherin die Geschichte des Rheinlandes von der Besetzung durch die Franzosen 1794 bis zur Zeit des Wirtschaftswunders um etwa 1960 erfahrbar gemacht.

Rund 50 „historische“ Häuser, 240 lebensgroße Figuren in der Kleidung der jeweiligen Zeit, gepflasterte, asphaltierte, durch den Krieg zerstörte Gassen und Straßen, Ton- und Bilddefekte machen den Rundgang zu einer erlebnisreichen Zeitreise. Die Infozellen zu den nachgestellten Szenen mit ihren vielfältigen Sachinformationen und unterstützenden Begriffserklärungen und die Art der Darbietung bieten Anreiz zu selbstinitiiertem Lernen.

Zur Ausstellung bietet das Rheinische Freilichtmuseum Kommern eine Auswahl an Projektthemen, deren Be-

arbeitung die Unterrichtsplanung in den angegebenen Altersstufen unterstützen und erleichtern soll.

Aspekte des modernen Lernens wurden bei der Zusammenstellung berücksichtigt. Die Möglichkeiten der intensiven Beschäftigung und kritischen Auseinandersetzung mit Sachverhalten des vorigen Jahrhunderts oder weiter zurückliegender Zeitabschnitte, die Arbeit mit Zeitzeugen womöglich in der eigenen Familie, das Einüben von Gesprächstechniken und Führen von Interviews, das Forschen nach und Erforschen von Bildmaterialien oder Hintergründen wie Problemstellungen der Dokumentation und nicht zuletzt der Vergleich mit der momentanen Lebenssituation im Rahmen dieser Ausstellung bergen unvergessliche Gefühls- und Erfahrungswerte.

Die Arbeit an den Themen schafft Situationen, in denen der einzelne Schüler nicht wie so oft in der heutigen Zeit gruppenspezifischen Zwängen unterliegt. Er erfährt, wie wichtig seine Ideen, Recherchen und gewonnenen Fertigkeiten für das Gelingen der Gruppenarbeit ist.

Bei vielen Schülern wird auch der so genannte „overlearn“ Effekt erreicht werden, d.h. sie werden möglichst viele Themen bezogene Informationen zusammentragen.

Die Fragen der Präsentation bieten die Möglichkeit des Fächertransfers (z.B. Kunst, Deutsch) und die Auseinandersetzung und Nutzung moderner Kommunikationsmedien bei Text- und Bildbearbeitung und der Beschaffung von Informationen aus dem Internet.

Die Beschäftigung mit und die Erforschung der eigenen Vergangenheit birgt intensive Motivations- und Emotionsmomente.

In allen Projekten werden personale und soziale Kompetenzen erworben wie sie in den neuen Kernplänen gefordert werden, z.B. Kooperationsfähigkeit, Problem lösendes Arbeiten und selbst gesteuertes Lernen.

Die Projektthemen dienen lediglich als Vorschläge. Jede andere Arbeit, die sich auf das Rheinland und seine Menschen in diesem Zeitabschnitt bezieht, ist willkommen und erwünscht.

Unterstützung garantiert, Zusammenarbeit erwünscht!

Bei allen im Folgenden empfohlenen Projekten oder Unterrichtsreihen gilt: Das Freilichtmuseum freut sich auf jegliche Zusammenarbeit mit Schulen. Das bedeutet, dass wir uns bemühen, Ihnen als Lehrerinnen und Lehrer Material zur Verfügung zu stellen, wobei das Internet natürlich eine gute Möglichkeit ist, den zeitlichen Aufwand zu begrenzen. Darüber hinaus stehen Ihnen die Museumpädagogen des Freilichtmuseums,

Claus Cepok und Peter Braun, am Telefon oder per E-mail mit Rat und Tat zur Seite (Herr Cepok: 02443/9980121, e-m@il:claus.cepok@lvr.de; Herr Braun: 02443/9980149, e-m@il:peter.braun@lvr.de).

Alle Unterrichtsergebnisse, die aus der Behandlung des Themas WirRheinländer erwachsen, können Sie mit Hilfe des Freilichtmuseums einer größeren Öffentlichkeit präsentieren. Auf der

Homepage des Museums zur Ausstellung wird es einen Kanal „Links“ geben. In Absprache mit Herrn Cepok können Sie die Homepage Ihrer Schule mit der des Museums vernetzen. Ein Nutzer des Internets würde über das Aufrufen

der Museums- Website Informationen zu Ihrer Schule und zu Ihrem speziellen Projekt erhalten. Wer weiß bei der Menge der Nutzer des Internets, welche Möglichkeiten einem Schulprojekt über das schulische Normalmaß in der Öffentlichkeit erwachsen. Sinnvoll wäre es, wenn dann auch die Schule wiederum eine Verlinkung zur Site des Freilichtmuseums vornehmen würde. So könnte ein Netzwerk entstehen, das zahlreiche unterschiedliche Vorgehensweisen und Arbeitsergebnisse aufzeigt.

Auch eine eher traditionelle Form der Dokumentation von Schülerarbeiten ist dem Freilichtmuseum herzlich willkommen: Fotografieren oder fotokopieren Sie, was Sie mit Ihrer Klasse oder Ihrem Kurs erarbeitet haben und schicken es als kleineres oder größeres Heft nach Kommern, mit Angabe der Schule und der Klasse. Hier wird es Museumsbesuchern wie Schulklassen und Jugendgruppen zugänglich gemacht und kann seinerseits womöglich Impulse setzen, selbst tätig zu werden.

Nach Absprache mit Herrn Braun ist im Wechsel auch an klassische Präsentationen von Schülerarbeiten wie Skulpturen, Collagen, Bilderreihen und anderen Projektergebnissen gedacht.

Je nach Menge und Umfang der bis zu einem Jahresende(?) oder festzulegendem Zeitpunkt) von Schülerinnen und Schülern erstellten Arbeiten wird auch eine abschließende, gemeinsame Veröffentlichung z. B. in Form einer Ausstellung auf Kreis- oder Bezirksebene erwogen.



*Bismarck als
Hampelmann.
Ausschneidebo-
gen um 1880.
Repro: Peter
Braun, RFM.*

Die neun Ausstellungsabschnitte zu „WirRheinländer“



*Napoleons Besuch in Düsseldorf (1811). Kolorierter Stich.
Repro: Peter Braun, RFM.*

Im Folgenden werden Ihnen Sachinformationen zu den zeitlichen Abschnitten gekürzt (vollständig auf den Internetseiten)vorgestellt.

Sie stehen in der Ausstellung den Schülergruppen in zu jeder Zeitzone eingerichteten Informationszellen im PC zur Verfügung. Zusätzlich sind in den Infozellen ausführliche Besprechungen wesentlicher Daten innerhalb der Zeitzonen abrufbar.

Im Anschluss an einen Zeitabschnitt finden Sie in diesem Schulma-

gazin Empfehlungen für den schulischen Einsatz, und die zugeordneten Themen mögen Ihnen den Entschluss zur Projektteilnahme erleichtern.

Im Vorfeld zur Ausstellung wurden im Rahmen der formulierten Themen viele Kontakte geknüpft, die bei der Bearbeitung eines Themas behilflich sein können.

I. Das Rheinland unter den Franzosen

1794–1815

Das revolutionäre Frankreich erobert Rheinland und Westfalen

Die Französische Revolution von 1789 war das Ereignis, das die politische Landschaft in dieser Epoche, auch über Frankreichs Grenzen hinaus, nachhaltig beeinflusste. Zwar ist es in Deutschland nicht zu einer revolutionären Umwälzung gekommen, doch durch die Kriege mit dem revolutionären Frankreich und seinem Feldherrn Napoleon Bonaparte, der sich zeitweise Herr über halb Europa nennen konnte, wurden auch die deutschen Großmächte Preußen und Österreich erschüttert. Sie waren in den plötzlich veralteten aufgeklärt-absolutistischen Strukturen gefangen und hatten wie auch die ständisch-feudal organisierten anderen deutschen Länder dem liberalen Frankreich mit seinen überaus motivierten Soldaten nichts entgegenzusetzen. So errang Napoleon Sieg um Sieg und konnte seinen Gegnern schließlich den Frieden diktieren. Für die deutschen Länder bedeutete dies nicht nur die Abtrennung von Gebieten, sondern auch eine territoriale Veränderung, die man als Flurbereinigung bezeichnen kann. Der „Flickenteppich“ der deutschen Länder wurde beseitigt und die Staaten zum Rheinbund zusammengeschlossen, der nun neben Preußen und Österreich eine dritte deutsche Macht bildete.

Frankreich dominierte in dieser Zeit die Entwicklung in ganz Europa. Dies galt im besonderen Maße für das Rheinland und – in geringerem Maße

– auch für Westfalen. 1794 eroberte das revolutionäre Frankreich die linksrheinischen Gebiete, die 1801 Napoleon annektierte. Systematisch wurden sie an die rechtlichen, administrativen und politischen Gegebenheiten Frankreichs angeglichen. 1802 wurde der Code Civil eingeführt. Unter dem Einfluss Napoleons änderte sich nicht nur die bisherige territoriale und politische Ordnung, auch gesellschaftliche Reformen gingen mit der französischen Besatzung einher. Die rechtsrheinischen Gebiete waren weniger lange und intensiv unter dem französischen Einfluss: 1806 gründete Napoleon das Großherzogtum Berg mit der Hauptstadt Düsseldorf, das Königreich Westfalen schuf er eigens für seinen jüngeren Bruder, Jerome Bonaparte, der diesen Staat als Modellstaat von 1807–1813 regierte. Die rechtsrheinischen Gebiete gehörten also nie zum französischen Staat, sondern bewahrten sich als Satelliten eine größere Eigenständigkeit. So waren den Preußen dann auch nach der Einverleibung des Rheinlands und Westfalens 1815 die Rheinländer aufgrund ihrer frankophilen Ader verdächtiger als die Westfalen.

Die Zeit des französischen Einflusses war 1815 vorbei, hatte aber tiefgreifende Veränderungen hinterlassen, die besonders auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts und der Verwaltung als Veränderung zum Besseren begriffen worden waren. Die Bevölkerung wehrte sich deshalb auch dagegen, diese Errungenschaften der preußischen Staatsangehörigkeit zu opfern. So blieb der Code Civil, auch Code Napoleon, als erste

bürgerliche Gesetzessammlung links des Rheins bis zur Ablösung durch das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft. Auch Preußen selbst war gezwungen gewesen, sich das überlegene französische Staatswesen zum Vorbild zu nehmen und Reformen durchzuführen. Diese Neuerungen bereiteten den Verfassungsstaat des 19. Jahrhunderts vor.

1794–1815

Die Verwaltung des Rheinlands in der Franzosenzeit

Die Auswirkungen der Französischen Revolution haben das Rheinland früher erreicht und nachhaltiger geprägt als andere Teile Deutschlands und Europas. Seit dem Herbst des Jahres 1794 bildete der Rhein faktisch die Grenze zwischen dem französisch besetzten linken Rheinufer und dem übrigen Deutschland. Bis 1797 hatte man allerdings in Paris noch keine klare Vorstellung davon, was mit diesem eroberten Gebiet geschehen sollte. Es blieb bei einem militärischen Besatzungsregime, dessen primäres Ziel die Ausplünderung des Landes war.

Nachdem Frankreich im Frühjahr/Sommer 1797 vorübergehend beabsichtigte, auf dem linken Rheinufer eine formell selbständige „Cisrhenanische Republik“ zu errichten, brachte der am 17. Oktober 1797 zwischen dem deutschen Kaiser und Frankreich geschlossene Friede von Campo Formio eine Wende: Die in dem Friedensvertrag enthaltene Anerkennung der Rheingrenze seitens des Kaisers ließ es nun geboten erscheinen, das gesamte linke Rheinufer

dem französischen Staatsgebiet einzuverleiben, wie dies im Falle Belgiens bereits 1795 geschehen war. Anfang November 1797 begann der zuständige französische Generalkommissar Rudler mit der administrativen Umgestaltung des Landes nach französischem Vorbild. Man gliederte das Rheinland in vier Départements (Roer, Rhein-Mosel, Saar und Donnersberg), denen auf den nachgeordneten Verwaltungsebenen die Arrondissements (Bezirke) und Municipalitäten (Gemeinden) folgten. Nach und nach wurden auch alle sonstigen Gesetze und Verordnungen, wie sie in Innerfrankreich bereits galten, auf das Rheinland übertragen. Ihre völkerrechtliche Anerkennung erfuhr die Annexion des linken Rheinufers schließlich im Frieden von Lunéville (09.02.1801).

Zwar blieben die leitenden Beamten auf der Ebene der Départements (Präfecten) in der Regel Franzosen, doch ergab sich auf allen nachgeordneten Ebenen auch für Deutsche eine gewisse Möglichkeit zu politischer Mitgestaltung. In erster Linie galt dies für die sog. Höchstbesteuerten, die auch als „Notable“ bezeichnet wurden. Die letzten Entscheidungen fielen allerdings immer in Paris, wo seit 1799 Napoleon die Fäden in der Hand hielt (Erster Konsul, ab 1804 Kaiser).

Das Französische wird „populaire“

Der Integrationsprozess des Rheinlands in den französischen Staat machte rasche Fortschritte, weil namentlich das Wirtschaftsbürgertum die Vorzüge des französischen Systems erkannte (Rechtssicherheit, Handels- und Gewerbefreiheit, verbesserte Exportchancen). Auch die Juden erhielten nun endlich ihre staatsbürgerliche Gleichstellung mit der übrigen Bevölkerung, auch wenn für sie weiterhin ge-

wisse Ausnahmebestimmungen galten. Die politisch-militärische Hegemonie Frankreichs machte im Rheinland viele französische Begriffe „populaire“ und erweiterte so den ohnehin stattlichen Bestand französischer Lehnwörter aus dem siebzehnten Jahrhundert. Das Französische drang in alle Lebensbereiche vor. Obwohl die Sprache der Besatzer, genoss es bei Bürgern und Adligen das „Flair“ von Bildung, Eleganz und Kultiviertheit. In ihren Ohren hob sich der „Charme“ seines melodischen Wohlklangs angenehm von der Rustikalität bäuerlicher Dialekte ab. Im Rheinland war das Französische „en vogue“. Dass die neue Mode des „Parlierens“ in Deutschland Tradition hatte, belegt ebendieses Lehnwort beispielhaft. Schon Ende des sechzehnten Jahrhunderts hatte die Adaption „parlieren“ die Bedeutung „vornehm, gewählt sprechen“ angenommen. Damit spiegelte es die Rolle Frankreichs als eines Schrittmachers barocker Kultur in einer Zeit wider, da Deutschland schwer unter den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges gelitten hatte.

Die auf Napoleons Betreiben erfolgte Registrierung von Personenstandsdaten verdrängte einige deutsche Verwandtschaftsbezeichnungen (Ohm/Oheim, Muhme, Vetter, Base) durch französische Begriffe (Onkel, Tante, Cousin, Cousine). Auch die deutschen Wörter Großvater, Großmutter und Großeltern entstanden erst in der „Franzosenzeit“ in Analogie zu französisch grand-père, grand-mère und grands-parents. Die deutschen Entsprechungen Ahn/Altvater, Ahne/Ahnin/Altermutter und Ahneltern kamen allmählich außer Gebrauch.

Eine erhebliche Belastung für die Bevölkerung stellte jedoch das französische Konskriptionssystem dar, d.h. die Militärpflicht aller männlichen

Einwohner zwischen dem 18. und dem vollendeten 40. Lebensjahr. Den materiell Bessergestellten war es möglich, sich durch die Stellung eines Ersatzmannes von der Militärpflicht zu befreien. Insgesamt hat die rheinische Bevölkerung in den napoleonischen Kriegen zwischen 1801 und 1813 einen erheblichen Blutzoll entrichten müssen.



*Murat, französischer Revolutionsgeneral; als Schwager Napoleons 1806 Großherzog von Berg.
Repro: Peter Braun, RFM.*

Etwas anders verlief die Entwicklung auf dem rechten Rheinufer, das bis zum Jahre 1806 unter der Herrschaft der alten Gewalten blieb, zum Teil allerdings zwischen 1795 und 1801 von den Franzosen besetzt war. Durch die Zusammenfassung weiter Teile des rechtsrheinischen Gebiets und Westfalens schufen die Franzosen das neue Großherzogtum Berg, zunächst unter der Herrschaft Joachim Murats, eines Schwagers Napoleons, ab 1808 dem Kaiser der Franzosen direkt unterstellt. Im Großherzogtum Berg, das seinerseits Bestandteil des sog. Rheinbundes unter napoleonischem Protektorat war, wurde die Integration in das französische

System nicht im gleichen Maße vorangetrieben wie auf dem linken Rheinufer. Auch hier galt die allgemeine Wehrpflicht, deren Einhaltung den Franzosen immer mehr zum eigentlichen Anliegen ihrer Herrschaft wurde.

Nach dem gescheiterten Russlandfeldzug und der Völkerschlacht bei Leipzig (16.–19.10.1813) brach das französische Herrschaftssystem in Deutschland rasch zusammen. Das rechte Rheinufer befand sich seit dem Jahresende 1813 fest in alliierter Hand, das linke Rheinufer wurde bis zum März 1814 zurückerobert. Im Ersten Pariser Frieden (30.05.1814) einigten sich die Alliierten auf eine provisorische Verwaltung der rheinischen und westfälischen Territorien. Auf dem Wiener Kongress wurde im April 1815 beschlossen, diese Länder dauerhaft der preußischen Krone zu unterstellen.

1794–1813 Die Säkularisation auf dem linken Rheinufer

Mit der französischen Besetzung des linken Rheinufer im Laufe des Jahres 1794 hielt auch die Säkularisation ihren Einzug.

Nach der Einsetzung einer französischen Militärverwaltung zog diese sofort sämtliche landesherrlichen Rechte der bisher bestehenden geistlichen Staaten an sich, so etwa Gerichtsbarkeit und Feudalabgaben, wie den Kirchenzehnten. Damit endete praktisch – lange vor dem Frieden von Lunéville – die Staatlichkeit dieser ehemals souveränen Territorien. Dieser Vorgang wird als Herrschaftsäkularisation bezeichnet.

Ein ebensolches Schicksal ereilte neben den drei Kur-Erbistümern Köln, Mainz und Trier auch die linksrheinischen Reichsstädte, wie Köln, oder weltliche reichsunmittelbare Herrschaften, wie Dyck, sowie preußische

Gebiete, wie Kleve, bayerische, wie die Pfalz, oder auch die österreichischen Niederlande.

Darüber hinaus beteiligte die Militärverwaltung zunächst die geistlichen Einrichtungen in erheblichem Maße an den Kontributionen und requirierete auch Holz, Vieh und Lebensmittel. Zahlreiche Kirchen und Klöster dienten zeitweise als Unterkunft für Soldaten oder als Pferdeställe und Magazine.

Im Rahmen der Vermögenssäkularisation wurde 1796 der geistliche Besitz der Verfügungsgewalt des Klerus entzogen und 1798 schließlich konfisziert. Bereits Anfang 1798 schaffte Frankreich die Feudalrechte, sofern sie an Personen hafteten, und die Feudallasten, die von Grund und Boden ausgehen, vollständig ab. Ausgenommen waren die Abgaben und Dienste, die durch Nachweis der ursprünglichen Dokumente als nicht-feudaler Herkunft kenntlich gemacht werden konnten, was aber nur in seltenen Fällen gelang. Da die zuvor eingezogenen Abgaben, etwa der Zehnte, zu jener Zeit dem französischen Fiskus zugute kamen, trafen diese Maßnahmen weniger die ursprünglichen Besitzer als vielmehr den französischen Staat.

Die säkulare französische Gesetzgebung konnte jedoch erst nach der staatsrechtlichen Anerkennung der Annexion im Frieden von Lunéville vom 9. Februar 1801 mit der endgültigen Enteignung geistlicher Güter und deren Veräußerung vollständig umgesetzt werden.

Die geistlichen Institute wurden per Konsularbeschluss vom 9. Juni 1802 aufgehoben. Dieser Schritt war durch das Konkordat mit Papst Pius VII. vom 15. Juli 1801 bereits kirchenrechtlich abgesegnet worden. Die Mitglieder der geistlichen Institute – Konvente, Klöster und Stifte – mussten diese verlassen.

Sie wurden mit Reisegeld versehen und hatten das französische Territorium zu verlassen, wenn sie vom rechten Rheinufer stammten oder erhielten eine Pension, wenn sie aus dem Linksrheinischen kamen. Die Pensionen waren jedoch nicht besonders hoch und flossen zunächst nur mit Verzögerungen. Fast alle männlichen Geistlichen konnten Stellen als Pfarrer oder Hilfspfarrer finden. Der weibliche Klerus sah sich hingegen gezwungen, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Die meisten geistlichen Damen kamen bei Familienangehörigen unter. Parallel wurden auch die Güter feindlicher weltlicher Landesherren oder von Emigranten enteignet, wobei auch dieser Vorgang zur Mediatisierung gerechnet wird.

Insgesamt gelangten auf dem linken Rheinufer zwischen 1803 und 1813 über 16.500 säkularisierte oder mediatisierte Besitztümer unterschiedlichster Größe und Beschaffenheit zur Versteigerung. Hinzugerechnet werden müssen noch zahlreiche Objekte, die zu staatlichen Forsten, Dotationen oder zur außerordentlichen Krondomäne zusammengefasst worden waren. Ein Grossteil von ihnen ist erst in preußischer Zeit – mit Ausnahme der großen Waldungen – veräußert worden.

Die Auswirkungen der Säkularisation waren vielfältig. Die Enteignung der Kleriker und ihre staatliche Besoldung als Quasi-Beamte ist bis heute erhalten geblieben. Mit den (wohlhabenden) Klöstern verschwanden zudem Kreditgeber, die zu moderaten Zinssätzen zum Teil große Summen verliehen, was entsprechende Auswirkungen auf die Wirtschaft hatte. Hinzu kommt eine gewaltige Besitzumschichtung. Viele ehemalige Halbwiner konnten ihr Pachtgut als freies Eigentum erwerben. Es bildeten sich aber auch Gruppen von Großkäufern, Spekulanten und Immo-



*Französische Truppen überqueren 1795 den Rhein bei Düsseldorf. – Stich um 1820.
Repro: Peter Braun, RFM.*

bilienhändlern. Hemmungen, ehemals geistliches Gut zu erwerben, zeigten die Rheinländer vor rund 200 Jahren übrigens nicht. Die Bauern waren zwar von Feudalabgaben befreit worden, hatten aber auch Nachteile zu erwarten, sofern sie Pächter geblieben waren. Die Pachtsummen wurden in schlechten Jahren von den nun weltlichen Besitzern nicht mehr gemindert, wie es zuvor die geistlichen Inhaber oft taten. Mit dem Erlös der Konfiskationen und später auch der Versteigerungen konnte Frankreich seine Schulden tilgen und Napoleon seine Kriege finanzieren.

Die französische Säkularisationspraxis wirkte sich auch auf das Heilige Römische Reich Deutscher Nation aus. Rechts des Rheins wurde der Klerus nach dem Reichsdeputationshaupt-

schluss von 1803 ebenfalls säkularisiert und viele reichsunmittelbaren Kleinstaaten mediatisiert. Insgesamt wurden 112 Reichsstände aufgehoben. Aus dieser Masse erhielten die größeren deutschen Staaten Entschädigungen für ihre Verluste im Linksrheinischen.

1806 Der Rheinbund

Der Rheinbund war als Zusammenschluss deutscher Mittelstaaten auf Betreiben des französischen Kaisers Napoleon I. zustande gekommen. Dieser Staatenbund war von Napoleon abhängig. Er diente der Zerschlagung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nationen sowie der aktiven Unterstützung der militärischen Ziele Napoleons.

Am 12. Juli 1806 unterzeichneten 16 Deutsche Reichsstände, darunter vier Kurfürsten, die Rheinbundakte – bezeichnenderweise in Paris. Der nächste völkerrechtliche Schritt der Rheinbundstaaten war der Austritt aus dem Verband des Alten Reiches auf dem Reichstag von Regensburg am 01. August desselben Jahres. Dieser Vorgang an sich war nach der Reichsverfassung unmöglich. Dennoch kündigten die Fürsten alle sie betreffenden Reichsgesetze auf und legten ihre Titel und Würden ab, sofern diese direkten Bezug zu Kaiser und Reich gehabt hatten. Der Reichsdeputationshauptschluss, der vielen späteren Rheinbundfürsten im Rahmen der Säkularisation Gebietsgewinne eingebracht hatte, wurde weiterhin anerkannt. Zum Rheinbund

gehörten unter anderem Bayern und Württemberg sowie der Kur-Erzkanzler des Reiches, Karl Theodor von Dalberg, der zugleich Landesherr von Aschaffenburg-Regensburg war. Das politische und territoriale Gewicht der vereinten Fürsten führte schließlich zum Ende des Alten Reiches. Kaiser Franz II., der bereits den Titel eines Kaisers von Österreich angenommen hatte, dankte am 6. August 1806 als römisch-deutscher Kaiser ab und erklärte das Reich für erloschen. Er folgte damit einem Ultimatum Napoleons. In den folgenden zwei Jahren schlossen sich weitere 23 deutsche Staaten dem Rheinbund an. Nur Österreich, Preußen, Dänisch-Holstein und Schwedisch-Pommern konnten diesen Schritt vermeiden.

Der Rheinbund gestaltete sich in erster Linie als Offensiv- und Defensivbündnis und diente der Ausweitung und Festigung des französischen Kaiserreiches. Im Bündnisfall sollte ein gemeinsames Heer unter Führung Napoleons aufgestellt werden, zu dem Frankreich 200.000 Soldaten stellte. Bayern hatte 30.000, Württemberg 12.000, Sachsen 20.000 und Westfalen 25.000 Soldaten beizusteuern. Die Verluste stiegen bis ins Unvorstellbare. Den Russlandfeldzug von 1812 überlebten vom bayerischen Kontingent nur etwa 3000 Soldaten. Durch die Kriege Napoleons entstanden schließlich auch so hohe finanzielle Belastungen, dass die deutschen Staaten beinahe in den Staatsbankrott getrieben wurden. Zudem hatten verschiedene Rheinbundstaaten noch Kriegsentschädigungen an Frankreich zu zahlen.

Als Protektor der Rheinbundstaaten standen dem Kaiser der Franzosen die Entscheidung über den Bündnisfall und die gemeinsame Außenpolitik zu. Der Bestand der deutschen Territorien war trotz aller Zusagen Napoleons unge-

wiss. So wurden 1807 Erfurt und 1810 der gesamte Nordwesten Deutschlands von Frankreich annektiert. Zahlreiche deutsche Fürsten erfuhren Rangerhöhungen und gleichzeitig wurden mehrere kleinere Territorien mediatisiert. Ursprünglich sollte der Rheinbund eine Verfassung und gemeinsame Staatsorgane erhalten, was aber schnell an dem Streben der Einzelstaaten nach Souveränität scheiterte. Vor allem Bayern wollte eine eigenständige Macht werden. Noch 1806 berief der Fürstprimas Dalberg, der eine dem Reichskanzler vergleichbare Stellung innehatte, einen Bundestag ein, der jedoch nie zusammentrat. Bayern und Württemberg weigerten sich, Gesandte zu schicken. Innerhalb der Rheinbundstaaten fand das Streben der Fürsten nach Souveränität seinen Ausdruck in der Ausschaltung der Landstände, die bisher ein Gegengewicht zur Fürstenmacht gebildet hatten. Ein weiteres Ziel der Rheinbundstaaten war die Reform der bestehenden Verhältnisse hin zu einem zentral verwalteten, einheitlich regierten Staatswesen. Napoleon schuf mit dem Großherzogtum Berg und dem Königreich Westfalen Modellstaaten, in deren Verwaltungsstruktur er selbst häufiger eingriff. Je größer die Staaten waren, desto mehr Reformen wurden durchgeführt.

Besonders die Länder, die große territoriale Zugewinne erzielt hatten, waren zu Strukturereformen förmlich gezwungen, um ein einheitliches Staatswesen zu schaffen. Einige kleinere Territorien behielten dagegen ihre bisherige Verwaltungsstruktur weitgehend unverändert bei. Doch wurde eine rechtliche Gleichheit aller Bürger durchgesetzt und der Code Napoleon als einheitliches Gesetzbuch eingeführt. Standesunterschiede und Leibeigenschaft wurden beseitigt und

die Gewerbefreiheit eingeführt. Auch Justiz und Militär wurden nach französischem Vorbild umgestaltet. Insgesamt beseitigten die Rheinbundstaaten das Feudalsystem. In Bayern und Baden waren Volksvertretungen vorgesehen, doch führte zuerst 1812 das Königreich Westfalen eine solche ein.

Am 09. Dezember 1813 beschloss die gegen Napoleon verbündeten Mächte, Österreich, Preußen und Russland, neben der Herstellung des Status quo ante von 1805 für Preußen und Österreich auch die Auflösung des Rheinbundes herbeizuführen. Bereits am 08. Oktober hatte sich Bayern im Vertrag von Bad Ried zugunsten der Alliierten vom Rheinbund gelöst. Die Anerkennung der neuen bayerischen Grenzen wirkte auf die übrigen Rheinbundstaaten. Noch während der Völkerschlacht bei Leipzig (16.-19. Oktober 1813) liefen württembergische und sächsische Hilfstruppen über. Die faktische Auflösung des Rheinbundes setzte ein, während Napoleon militärisch entscheidend geschlagen wurde. Damit blieb der Rheinbund nur eine Episode zwischen der Auflösung des Alten Reiches und der Gründung des Deutschen Bundes vom 08. Juni 1815.

Geschichte/ Politik HS/ RS/ GY/GS Deutsch/ Französisch RS/GY/GS

– Der Can Can etabliert sich und wird bis heute nachgetanzt oder was von den Franzosen sprachlich und kulturhistorisch sonst noch blieb. (Sek 2)

Auf der Suche nach Einflüssen, die nachweislich auf die Besetzung des Rheinlandes durch die Franzosen um 1810 oder auf spätere französische Beeinflussungen zurückzuführen sind.

II. Rheinland unter den Preußen

1815-1848 Restauration und bürgerliche Revolution

Mit der Proklamation vom 5. April 1815 nahm König Friedrich Wilhelm III. Besitz von den ihm auf dem Wiener Kongress zugesprochenen Gebieten. Damit war das überwiegende Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalen preußisch geworden und seit dem Zerfall des Karolingerreiches wieder erstmals politisch vereint. An Rhein und Ruhr entfalten sich die ersten Industrialisierungsschübe, Vorboten der industriellen Revolution. Die Verkehrserschließung des Raums verlief einerseits zügig, andererseits stellte sie jahrhundertlange Entwicklungen auf den Kopf. Was gestern noch ein Wirtschafts- oder Handelszentrum war, konnte durch die Abkoppelung von den neuen eisernen Verkehrswegen binnen kürzester Zeit in der Bedeutungslosigkeit versinken.

Das Rheinland war sehr stark von der Franzosenzeit geprägt und hielt an vielen ihrer Errungenschaften wie dem französischen Zivil- und Handels-



Ansicht von Köln. Kolorierter Stich um 1800.

Repro: Peter Braun, RFM.

recht, den Handelskammern und der Gemeindeverfassung fest. Zudem war das Rheinland zu fast 80% katholisch und unterschied sich damit von den protestantisch geprägten altpreußischen Gebieten. Die beginnende Industrialisierung an Rhein und Ruhr, die günstige Verkehrslage und ein starkes und selbstbewusstes Bürgertum in den Städten sorgten für einen Modernisie-

rungsschub, der sich positiv auf das gesamte Reich auswirkte.

Preußische Reform- bemühungen im Rheinland

Nach 1815 wurden das Rheinland und Westfalen einer völligen administrativen Neugestaltung unterzogen. Bis 1822 bildeten sich fünf Regierungsbezirke heraus: Düsseldorf, Aachen, Köln,

Münster und Arnberg. Die Provinzialverfassungen machten Preußen zu einem Staat der Regionen. Auch wenn in ihnen das Ständesystem fortlebte, so zeigten sie doch eine wichtige Neuerung: Von ihren „Ständen“ gewählt und diesen zugehörig, waren die Abgeordneten von Adel, Städten und Bauern künftig deren Interessenvertreter in der Provinz, nicht Repräsentanten des ganzen Volkes. Langjähriger Grundbesitz war die Voraussetzung für die Wählbarkeit. Die Mandate von ritterschaftlichem Adel (Junkern), Städtern und Bauern in den Landtagen verteilten sich im Osten etwa 3:2:1, im Westen 1:1:1. Hinzu kamen Standesherrn und andere erbliche Mitglieder (in der Rheinprovinz nur 6,3%). Am Rhein musste die adelsfreundliche Ständevertretung erst noch eingerichtet werden. Dort fiel dem Adel bei vier Prozent Anteil am Grundbesitz schließlich ein Drittel der Landtagssitze zu. So wurden die westlichen Verhältnisse den seit jeher disproportionalen im Osten angeglich.

Konfessionen

Die Rheinprovinz veränderte Preußens konfessionelles Gefüge erheblich. Die rheinisch-bergischen Reformierten stärkten den Calvinismus in dieser Bastion des Luthertums. Wie sie lehnten auch die „Altlutheraner“ um Pfarrer Claus Harms (1778–1855) aus Kiel und orthodoxe und pietistische Lutheraner in Schlesien die Kirchenunion ab, da sie im Zuge der Integration des Staates und des Ausgleichs regionaler Interessen um die Identität ihres Bekenntnisses fürchteten. Der Anschluss des Rheinlands verdoppelte nahezu den Anteil der Katholiken auf über vierzig Prozent der 10,4 Mio. Einwohner Preußens. Diese Tatsache blieb weder dem preußischen Staat noch der

römischen Kurie verborgen. Nachdem die katholische Kirche in der Zeit der Säkularisation politische Macht und Feudalbesitz im Westen Deutschlands verloren hatte, intensivierte der Heilige Stuhl um so rigoroser seine Glaubenslehre und geriet darüber in Konflikt mit dem Staat.

Auslöser des „Mischehen“-Streits zwischen preußischer Regierung und römischer Kurie war die Versetzung Tausender evangelischer Staatsdiener an den Rhein zum Aufbau der preußischen Verwaltung. Die tieferen Ursachen aber leiteten sich aus der Aufklärung, ihrer Staatsphilosophie und Religionskritik, her. Während Berlin seine Staatssouveränität auch in Religionsfragen durchsetzen wollte, bestand Rom auf seiner Amtssouveränität in Glaubensdingen. Doch es widersetzte sich nicht nur konkurrierenden Ansprüchen des Staates, sondern bekämpfte ebenso innerkirchliche Rivalen um die Lehrautorität. Die „Kölner Wirren“ und der Fall des Bonner Theologen Georg Hermes (1775–1831), den seine objektivistisch-wissenschaftliche Offenbarungslehre das Amt kostete, belegten den großen Einfluss, den die französische Aufklärung im Rheinland sowohl auf das Verhältnis von Staat und Kirche als auch innerhalb der (hier: katholischen) Kirche ausübte.

Wissenschaft

In die Preußenzeit fielen viele wichtige Ereignisse, die das Rheinland und Westfalen wirtschaftlich und technologisch voranbrachten. 1818 wurde die Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn gegründet, eine von insgesamt nur drei preußischen Universitätsneugründungen. 1838 wurde die erste rheinische Eisenbahnlinie eröffnet. Weitere wichtige folgten. Die 1847/48 fertig gestellte Köln-Mindener-Eisen-

bahn verband nicht nur das Rheinland mit Westfalen, sondern brachte dem Westen auch die Hauptstadt näher.

Verstärkt durch die restaurativen Tendenzen des preußischen Königs nahmen nach 1830 die Konflikte zu. Es zeigte sich zunehmend, dass die auf dem Wiener Kongress beschlossene Neuordnung nach der Französischen Revolution und der Ära Napoleons zu sehr rückwärtsgewandt war und sich vor dem Hintergrund der raschen Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft als nicht tragfähig erwies. Der Versuch, die „alte Ordnung“ wiederherzustellen, sollte das monarchische Prinzip und die Solidarität der Monarchien bei der Abwehr revolutionärer (=demokratischer) Tendenzen stärken. Neben der Unterdrückung demokratischer Ansätze sind es insbesondere auch nationale Interessen und Hoffnungen, die in den deutschen Ländern enttäuscht wurden. Die immer weiter aufklaffende Schere zwischen beginnender Industrialisierung, Vermehrung weiterer Bevölkerungskreise sowie den Forderungen nach Liberalisierung und politischer Beteiligung wurde von Seiten der Staatsmacht durch ein striktes Verbot politischer Aktivitäten der Bevölkerung bekämpft.

Geschichte/ Politik HS/RS/GY/GS

III. Die Revolution von 1848

Das Ausbrechen revolutionärer Ereignisse im März des Jahres 1848 kündigte sich wie ein Wetterleuchten an. Diese Zeit wird daher auch Vormärz genannt. Der Ausgang der Revolution in Frankreich vom 24. Februar 1848, in der der König zur Abdankung gezwungen wurde und eine bürgerliche Regierung die Amtsgewalt übernahm, beeinflusste diese Ereignisse unmittelbar. Liberale Politiker, u. a. auch aus dem Rheinland und Westfalen, stellten jetzt öffentlich Forderungen wie die nach einer konstitutionellen Verfassung, Pressefreiheit und unabhängigen Schwurgerichten. Im April und Mai wurde schließlich die erste deutsche Nationalversammlung gewählt, die am 18. Mai 1848 zusammentrat und die erste demokratische Verfassung im Auftrag des Volkes beraten und beschließen wollte. Hauptschauplatz der Revolution war Frankfurt. Hier sollte die Nationalversammlung aus allen deutschen Ländern ihren Sitz haben.

Die Frankfurter Nationalversammlung

Obwohl die Abgeordneten ihre Sitze in freier, gleicher, direkter und geheimer Wahl zugesprochen bekamen, spiegelte die Frankfurter Nationalversammlung nicht annähernd die Sozialstruktur der Bevölkerung des Deutschen Bundes wider. Über 600, fast 75%, der insgesamt 830 Delegierten (585) und Stellvertreter (245) waren akademisch gebildet. 85 Volksvertreter, also 10%, gehörten dem Adelsstand an. Unter den Parlamentariern gab es 223 Juristen,

124 Lehrer und 184 Freiberufler, davon 106 Rechtsanwälte. 312 Mitglieder der „Paulskirche“ waren Richter, Staats- oder Kommunalbeamte. Zusammen mit den Lehrern und 49 Universitätsprofessoren zählte der Konvent 436 Beamte. Nur 60 Abgeordnete kamen aus der gewerblichen Wirtschaft, 4 Handwerker darunter, und gerade einmal 46 aus der Landwirtschaft.

Während die Kleinbauern nur durch einen einzigen Delegierten repräsentiert waren, fehlten Arbeiter völlig. Von ihrer beruflich-sozialen Zusammensetzung her war die Frankfurter Nationalversammlung also eindeutig ein Akademiker-, Beamten- und Juristenparlament. Sie war also ein demokratisch gewähltes Parlament von Honoratioren, in dem nicht das Besitzbürgertum (die „Bourgeoisie“), sondern das Bildungsbürgertum den Ton angab.

Unter den 35 Abgeordneten aus der Rheinprovinz, von denen mehrere in auswärtigen Wahlkreisen gewählt wurden, überwogen die Befürworter einer konstitutionell-parlamentarischen Monarchie. In Frankfurt war der rheinische Liberalismus in seinen verschiedenen Facetten u. a. durch die Großunternehmer Hermann von Beckerath (1801-1870), Gottfried Ludolf Camphausen (1803-1890) und Gustav Mevissen (1815-1899) sowie Franz Raveaux (1810-1851) und Karl Stedmann (1804-1878) vertreten, zu denen sich die Bonner Historiker Ernst Moritz Arndt (1769-1860) und Friedrich Christoph Dahlmann (1785-1860) gesellten. Den rheinischen Katholizismus

repräsentierten neben anderen der Jurist August Reichensperger (1808-1895) sowie die Bonner Theologieprofessoren Johann Wilhelm Joseph Braun (1801-1863), Franz Xaver Dieringer (1811-1876) und Franz Peter Knoodt (1811-1889). Der Bonner Theologe und Professor für Kunstgeschichte Gottfried Kinkel (1815-1882) saß als radikaler Republikaner in der Nationalversammlung. Von den Professoren waren allerdings mehrere keine gebürtigen Rheinländer.

Anfangs gab es deutlichen Zuspruch, fast Begeisterung für die ersten frei gewählten deutschen Parlamentarier. Die ersten erkämpften Rechte bereiteten dem Parlament aber auch große Probleme. Im März 1849 wurden schließlich die Grundrechte und die Reichsverfassung verabschiedet. Das künftige Deutschland sollte eine parlamentarische Monarchie sein und die deutschen Landesteile ohne Österreich umfassen (großdeutsche vs. kleindeutsche Lösung). Die Kaiserkrone sollte der König von Preußen tragen. Der lehnte ab mit der Bemerkung, er wolle keinen Reif aus Dreck und Lehm tragen, an dem der Ludergeruch der Revolution haften. Gewaltsame Auseinandersetzungen waren die Folge. In vielen rheinischen Städten kam es zu heftigen Konflikten, die alle mit der Niederlage der aufständischen Bevölkerung endeten. Trotz des Zusammenbruchs der ersten Demokratiebewegung in Deutschland ließen auf Dauer fünf wichtige Themen die Spuren der Revolution sichtbar werden:

- der Parlamentarismus;

- die Forderung von Grund- und Bürgerrechten;
- die Idee sozialer Gerechtigkeit; der nationale Gedanke ist ein eigenes Thema wie – die Idee sozialer Gerechtigkeit;
- der europäische Gedanke.

In den vierziger Jahren verstärkte sich auch im Rheinland der Wunsch nach einer geeinten Nation, nach einem geeinten Deutschland. Sicherlich spielte dabei eine Rolle, dass Frankreich immer wieder die Forderung erhob, den Rhein als Grenze seines Territoriums zu akzeptieren. Das Rheinlied des Bad Godesberger Gastwirts Becker („Sie sollen ihn nicht haben, den freien deutschen Rhein, ob sie wie gier'ge Raben sich heiser darnach schrei'n..“) sollte den rheinischen Schlussspunkt unter die Debatte ziehen. Beckers Lied wurde Jahre später durch „Die Wacht am Rhein“



Carl Schurz (1829–1906).

Lithographie um 1850.

Repro: Peter Braun, RFM.

abgelöst, ohne einen politischen Erfolg bewirkt zu haben.

Auswanderung

Die ungleiche Verteilung der öffentlichen Lasten und die Vernachlässigung

der sozialen Frage führten viele Handwerker, Tagelöhner und Kleinlandwirte in den Ruin. Ab den 30er Jahren setzte deshalb eine gewaltige Auswanderungswelle in die Vereinigten Staaten ein. Inspiriert vom Solinger Arzt Gottfried Duden, der als Akademiker einige Jahre vergebens versucht hatte, in Missouri eine Farm zu führen und seine Erlebnisse in Buchform veröffentlichte, verließ zu Beginn der 30er Jahre die „Solinger Auswanderer Gesellschaft“ die Heimat. Als Brückenkopfleute waren sie Ursache für eine Massenauswanderung von rund 250.000 Rheinländern, die ihrem Ruf in die Neue Welt folgten.

Während Preußen die Freizügigkeit seiner Bürger seit 1818 nicht mehr grundsätzlich beschränkte, knüpfte es die Auswanderungserlaubnis an die Genehmigung der Bezirksregierungen, bei Militärpflichtigen und aktiven Beamten an die der zuständigen Behörde. Die erste Gesetzesregelung der Emigration aus Preußen erfolgte 1842. Statistiken über die Auswanderung wurden ab dem 1. Oktober 1844 geführt, enthielten aber erst ab 1855 auch alle illegalen Emigranten ohne Entlassungsurkunde. Von 1844 bis 1871 wurden 125.648 Bewohner der Rheinprovinz als Auswanderer erfasst, bis 1852 unter Einschluss Hohenzollern-Sigmaringens, das dieser Provinz verwaltungsmäßig zugeordnet war. Nur wenige rheinische Emigranten gingen in die USA. Laut einem amerikanischen Zensus von 1870 gaben lediglich 5.330 (0,32%) der rund 1,6 Millionen Deutschstämmigen in den USA die preußische Rheinprovinz als ihr Herkunftsgebiet an.

Die fünf rheinischen Regierungsbezirke in Preußen wiesen eine zum Teil sehr unterschiedliche Auswanderungswilligkeit auf, wobei die strukturschwachen Gegenden von Eifel, Hunsrück und Westerwald deutlich

höhere Raten zeigten als die sich zügig industrialisierende und verkehrstechnisch bevorteilte nördliche Hälfte der Rheinprovinz. Von 1844 bis 1871 verloren die Regierungsbezirke Düsseldorf (17.205/1,6%), Köln (11.075/2,1%), Aachen (8.926/2,0%), Trier (50.254/9,4%) und Koblenz (38.188/7,35) im Durchschnitt jeden 25. Einwohner (4,0% ihrer Bevölkerung) durch Auswanderung in Staaten des Deutschen Bundes, Europas und Amerikas.

Aus den zahlreich erhaltenen Auswandererbriefen geht hervor, wie gezielt Landwirte und Handwerker von den Vorausgereisten angeworben wurden. Sehr bald schon sah sich die preußische Regierung gezwungen, die Auswanderung zu reglementieren, um Fachhandwerker an das Rheinland zu binden. Nach der Einführung des Auswandererkonsenses verließen tausende Rheinländer ohne Erlaubnis ihre Heimat, um sich in Amerika niederzulassen, darunter unzählige Fahnenflüchtige.

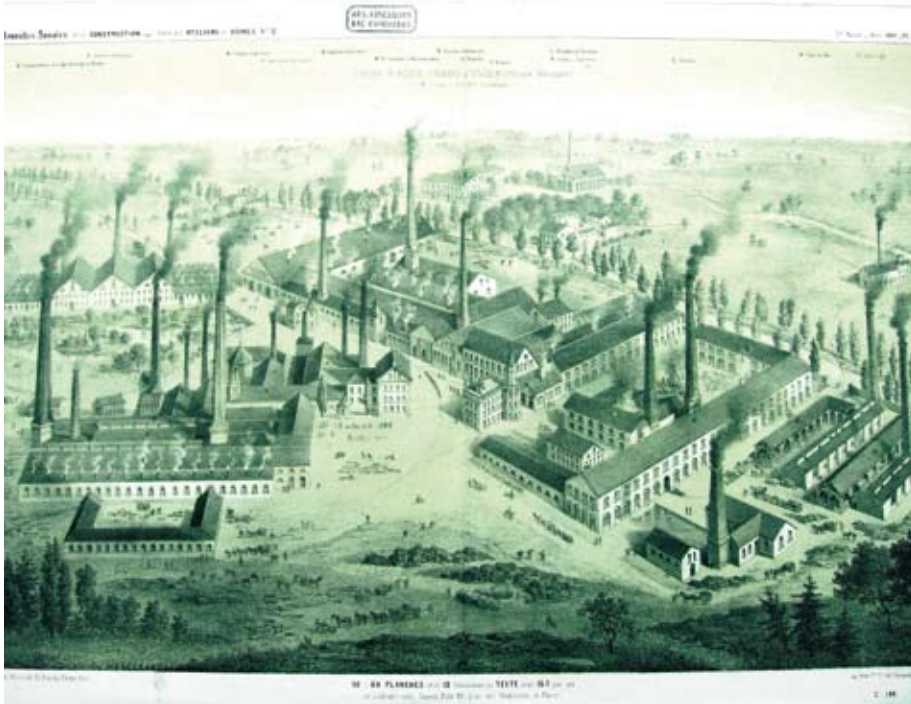
Der Rhein war bis in die 70er Jahre wichtigster Wasserweg für Auswanderungswillige. Auf Flößen fuhren die Auswanderer bis Rotterdam. Die Besserverdienenden leisteten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jh. dagegen die Fahrt mit der Köln-Mindener Eisenbahn. Auf Weserkähnen wurde dann die letzte Etappe bis Bremerhaven, dem bedeutendsten deutschen Auswandererhafen, zurückgelegt.

Geschichte/ Politik HS/RS/GY/GS

– „Schöne Neue Welt“ – ich verlasse meine Heimat (Sek 1 10, Sek 2)

Über die wirtschaftliche und soziale Situation Auswanderungswilliger in der Zeit zwischen 1820 und 1900, ihre Hoffnungen und Wünsche, über den amerikanischen Traum und die Realität.

IV. Industrialisierung



Fabrikanlage der Firma Krupp in Essen um 1880.
Repro: Peter Braun, RFM.

1848–1871 Industrialisierung. Die wirtschaftliche Entwicklung verändert die Gesellschaft.

Nach der gescheiterten Revolution von 1848 kam eine Phase der Restauration, d.h. der Rückkehr zu politisch überholten Konzepten. Die Ideale der Französischen Revolution Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit spielten in der Politik Deutschlands keine große Rolle mehr. Dennoch gab es nun sogar in Preußen eine Verfassung und eine Volksvertretung, auch wenn diese Einrichtungen unseren heutigen demokratischen Ansprüchen nicht genügen würden. So herrschte das Dreiklassenwahlrecht, das mit der Einteilung der Bevölkerung

in drei Steuerklassen die Wahlstimmen nach dem Einkommen gewichtete. Dem armen Bevölkerungsanteil, der 80% umfasste, wurde ebensoviel Einfluss zugestanden wie den 4% der Unternehmer und Großbürger.

Im Deutschen Bund versuchte Preußen unter der Führung Bismarcks ständig seine Führungsrolle vor allem gegenüber der anderen deutschen Großmacht Österreich zu behaupten. Diese Überlegenheit Preußens gegenüber den anderen deutschen Staaten war

*Reichskanzler Otto von Bismarck
(1815–1898).*

Druck um 1880.

Repro: Peter Braun, RFM.

neben seiner leistungsfähigen Militärmacht auch durch die hier besonders fortgeschrittene Industrialisierung möglich geworden.

Die Industrielle Revolution war eine Entwicklung, die von England ausgehend mit der Erfindung der Dampfmaschine, des mechanischen Webstuhls und der Spinnmaschine die gesamte Wirtschaft von Grund auf änderte. Auch die sozialen Veränderungen waren tiefgreifend. Eine agrarisch geprägte Gesellschaft veränderte sich zur Industriegesellschaft mit einer neuen Klasse, den Arbeitern. Ab 1850 machte sich diese Entwicklung auch in Preußen und vor allem auch im Ruhrgebiet bemerkbar.

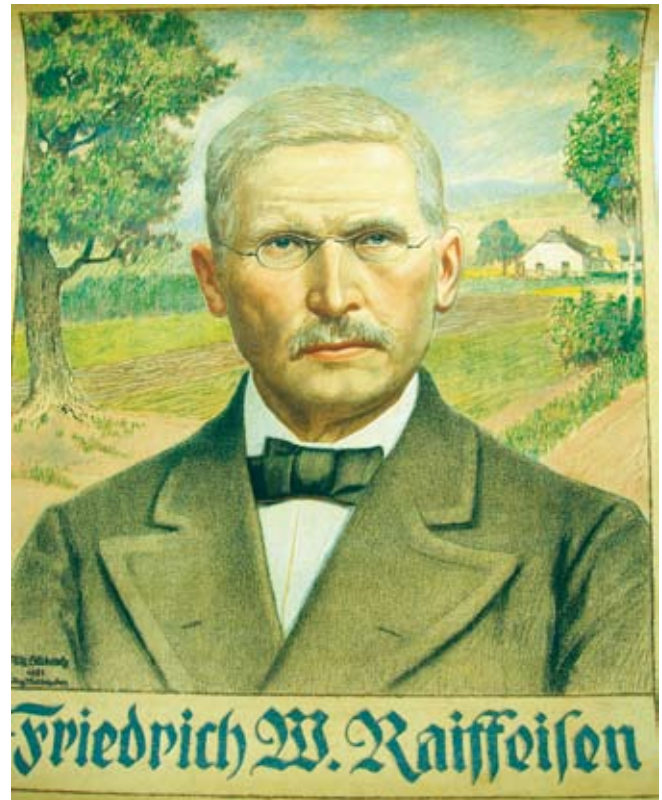


Die Westprovinzen Rheinland und Westfalen gehörten seit 1815 zum preußischen Staat. Die Region war durch Rohstoffvorkommen besonders im Bergbau und der Eisen- und Stahlherstellung erfolgreich und wurde ein treibendes Element des Fortschritts. Hier wurden große Betriebe errichtet, die enorme Mengen an Arbeitern benötigten. Aus kleinen Dörfern in der Nähe dieser Fabriken wurden schnell große Städte. Industrieviere und Ballungszentren entstanden. Dampfschiffe und die Eisenbahn hatten eine Revolution im Transportwesen zur Folge. Der schnelle Ausbau der Bahnstrecken führte wiederum zu einem Anstieg der Stahlproduktion und stellte seine Verarbeitung vor neue Erfordernisse. Unter diesen Vorzeichen konnten sich Betriebe wie Krupp, Thyssen, der Bochumer Zechenverein, Klöckner, Haniel und Mannesmann so wie viele andere zu international bekannten Unternehmen entwickeln, die auf Weltausstellungen ihre Leistung demonstrierten. Mit der Gründung des Deutschen Reiches und dem daran geknüpften Wegfall von Handelshindernissen, der Einführung eines gemeinsamen Marktes und dem Ausbau der Verkehrswege konnten gerade auch die preußischen Westprovinzen in diesen Gründerjahren von dem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren.

Industrialisierung in der Rheinprovinz

Industrialisierung bedeutete nach der Erschließung der Kohlevorkommen durch Tiefschächte sowie der Einführung von Koksöfen zur Energiegewinnung zunächst Eisen- und Stahlproduktion. Die Montanindustrie war die Grundlage für alle anderen Industrien, auch im Ruhrgebiet. Daneben traten die Metall verarbeitenden Industrien.

*Friedrich Wilhelm
Raiffeisen
(1818-1888).
Farbdruck um 1900.
Repro: Peter Braun,
RFM.*



Zentren des Maschinenbaus wurden Duisburg, Essen, Sterkrade, Köln und Aachen. In Köln entstanden auf Grund der bahnbrechenden Erfindung des Vergasermotors (Ottomotor) von Nikolaus Otto 1867 Betriebe wie die Maschinenbauanstalt Humboldt oder die Deutzer Gasmotorenfabrik. In Solingen und Remscheid wuchs die traditionelle Werkzeug- und Klingenherstellung. Die chemische Industrie erfuhr ebenfalls einen stürmischen Aufschwung: In Elberfeld gegründet, siedelte z. B. die Firma Bayer 1891 nach Leverkusen und wurde dort zu einem weltweit erfolgreichen Unternehmen, ähnlich wie Henkel in Düsseldorf.

Dass dieser ungeheure wirtschaftliche Aufschwung der Region erfolgen konnte, lag auch an den bekannten Unternehmensgründern und Industriepionieren, die die Gunst der Stunde genutzt und Imperien geschaffen haben. Manche vertraten dabei einen extremen Kapitalismus, andere sorgten sich um

die soziale Absicherung ihrer Arbeiter. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung bekamen Energiequellen und schnelle und zuverlässige Transportwege eine besondere Bedeutung. Die Rheinprovinz besaß zu Beginn des 19. Jahrhunderts eines der dichtesten Eisenbahnnetze der Welt und zusätzlich gute Verbindungen über die Wasserstraßen, die weiter ausgebaut wurden, so der Dortmund-Ems-Kanal 1891-1899 und der Rhein-Herne-Kanal 1905-1914. Duisburg-Ruhrort hatte den größten Binnenhafen Europas.

Die Landwirtschaftliche Revolution

Weit langsamer als die Industrielle Revolution gestaltete sich der Umbruch in der Landwirtschaft. Um 1850 waren für fast alle Tätigkeiten arbeitssparende Maschinen verfügbar, doch hielten Probleme mit der Dampftechnik und Geldmangel viele Bauern vom Kauf ab. Zahlreiche Höfe, am Rhein weniger als

jenseits der Elbe, waren durch Ablösezahlungen aus der Bauernbefreiung belastet. Der Anstieg der Agrarpreise, Hektarerträge und Viehleistungen von 1826 bis 1875 wirkte sich für die rheinischen Klein- und Mittelbauern kaum aus. Ihr Grundbesitz, kleiner als sonst in Preußen, ließ effizienteres Wirtschaften nicht zu. Als Ausweg blieb oft nur die Abwanderung in die Fabrik.

Die Landwirtschaftliche Revolution vollzieht sich am Rhein weniger als eine radikale Änderung bestehender Rechts- und Besitzverhältnisse denn als eine durch Technik, Wissenschaft, Unterricht und Organisation bewirkte Professionalisierung des Bauerntums. Zur Propagierung rationeller Arbeitsweisen wurde 1832 der „Verein für gemeinnützige Bemühungen zur Förderung der Landwirtschaft, des Gewerbefleißes, der Intelligenz und Sittlichkeit in den Eifelgegenden“ gegründet. Ihm folgten 1834 der „Oberbergische landwirtschaftliche und industrielle Verein“ und 1840 der „Landwirtschaftliche Verein für Rheinpreußen“, der in behördlicher Regie für die Maschinisierung der Feldarbeit wirbt. In Instituten, Versuchslaboren und Agrarschulen experimentierte man mit neuen Methoden der Düngung, Viehzucht und Pflanzenproduktion – nach 1850 expandierte der Zuckerrübenanbau und begründete einen weiteren Zweig der rheinischen Lebensmittelindustrie – sowie mit neuen Futterpflanzen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Viehs. Dagegen setzte die Auswahlzüchtung erst langsam ein. Die frühesten Bestrebungen dazu

konzentrierten sich auf das Pferd, die wichtigste natürliche Kraftquelle. Seit 1839 existierte dafür ein Landgestüt in Wickrath. Zur Qualitätssicherung unterlag die Milcherzeugung zunehmend der Kontrolle von Molkereigenossenschaften, deren erste 1866 in Bitburg entstanden war.

Von herausragender Bedeutung nicht nur für die rheinische Agrarwirtschaft war das 1819 der Bonner Universität angegliederte Landwirtschaftliche Institut in Poppelsdorf. Als königliche Lehr- und Übungsanstalt mit einem Versuchsgut ausgestattet, wurde es 1861 zur „Landwirtschaftlichen Akademie“ erhoben. In den folgenden Jahrzehnten leistete sie Hervorragendes bei der Organisation höheren landwirtschaftlichen Unterrichts und der Erprobung neuer Agrarmethoden. Der Verbreitung neuer Erkenntnisse und Verfahren diente auch die Wanderlehrerbewegung, die 1861 in Malmedy begann und zur Gründung von „Winterschulen“ führte, z. B. 1875 in Gummersbach. Eine weitere wichtige Neuerung war die Genossenschaftsbewegung, die der in Hamm an der Sieg geborene Friedrich Wilhelm Raiffeisen (1818–1888) 1864 ins Leben rief. Sein Prinzip genossenschaftlicher Selbsthilfe bei solidarischer Haftung aller Mitglieder verschaffte unzähligen kapitalarmen Bauern Zugang zu erschwinglichen Krediten zum Kauf von Saatgut und Maschinen und verhalf ihnen durch gemeinsame Vermarktung zu besseren Ernteerlösen. Raiffeisens Werk war der wichtigste singuläre Beschleunigungsfaktor der Landwirtschaftlichen Revolution.

Geschichte/ Politik HS/RS GY GS

- Die Geschichte rheinischer Großunternehmer an Beispielen wie Friedrich Bayer, Chemie, Barmen; Franz Carl Guillaume, Kabelfabrikation, Köln – oder – Max Mannesmann, Eisen- und Stahlindustrie Remscheid. (Sek1 9/10)
- Die Idee des Friedrich Wilhelm Raiffeisen und was er mit ihr bewirkte. (Sek1 9/10)

V. Hurrapatriotismus

Lebens- und Arbeitsbedingungen des Industrieproletariats

Aus Ackerbürgerstädten am Hellweg wurden innerhalb kürzester Zeit expandierende Industriedörfer. Bei der Unterbringung der Massen von Arbeitern kam es schnell zu Engpässen: Der Raum reichte in den kleinen Hellwegstädten nicht aus. Die Mietshausspekulation griff um sich. Während sich die wohlhabenden Kreise Villenviertel am Stadtrand bauten, wurden für die Arbeiter hässliche Mietshäuser in öden Straßenzeilen gebaut, die völlig überfüllt und überteuert waren. Die Wohn- und Familienverhältnisse waren entsprechend elend. In diesen engen Wohnungen wurden oftmals noch Untermieter, so genannte Schlafgänger, aufgenommen, um eine zusätzliche Einkommensquelle zu haben. So schliefen oft eine ganze Familie und ein Fremder in einem Zimmer, wobei sich mehrere Menschen im Wechsel ein Bett teilten: Die Arbeitnehmer mussten ihren Schlafrhythmus den Arbeitsschichten anpassen.

Die Arbeitsbedingungen in den Fabriken waren ganz auf die Maschinen zugeschnitten, denen sich die sie bedienenden Arbeiter unterzuordnen hatten. Den Unternehmern kam es darauf an, dass sich die teuren und schnell veraltenden Maschinen schnell amortisierten, so dass sie die Produktion

rund um die Uhr aufrecht erhielten. Die Menschen, die aus der Landwirtschaft oder dem Handwerk natürlichere Arbeitsrhythmen kannten, mussten sich an Pünktlichkeit, stetiges Arbeiten im Takt der Maschinen und strenge Arbeitsdisziplin in den Fabriken gewöhnen. Hinzu kam eine lange Arbeitszeit von 70, in der Textilindustrie 80 Stunden in der Woche.

Dabei waren der Handlungsfreiheit der Unternehmer gegenüber ihren Arbeitern keine Grenzen gesetzt. Der Staat wollte die Industriellen so wenig wie möglich einengen bzw. „belästigen“, da diese sich sonst von Preußen abwenden könnten. Es gab in den Anfängen der industriellen Entwicklung keine Fabrikordnung, keine kollektiven Arbeitsverträge, sondern nur individuelle Abmachungen, kein Mitspracherecht

der Arbeiter und vor allem keinen Arbeitsschutz. Die Zustände in den Fabriken waren deshalb entsprechend bedrückend, unhygienisch und gesundheitsschädlich, die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen ausbeuterisch.

Frühe Beschreibungen der erschreckenden Arbeits- und Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse, die Berichte über die unhygienischen Zustände sowie die Abstumpfung und Verrohung der Menschen, die jetzt Proletarier genannt wurden, beinhalteten, bezeichneten die „Soziale Frage“ als ein Problem der wachsenden Städte.

Sozialpolitische Strömungen im Rheinland

Einzelne Unternehmer suchten aus ihrem patriarchalischen Selbstverständnis heraus die Not ihrer Arbeiter zu lin-



Industrieanlage der Gebrüder Verweyen in Rheydt. Druck um 1870. Repro: Peter Braun, RFM.

den. So entstanden Arbeiterheime, in denen ledige Arbeiter wohnen und sich verköstigen konnten, innerbetriebliche Krankenkassen und eine allgemeine gewisse soziale Sicherheit. Ziel war es, die Belegschaft an den Betrieb zu binden und der ständigen Fluktuation von Arbeitern einen leistungsfähigen und verlässlichen Arbeiterstamm entgegenzusetzen. Allen voran beschritt Franz Haniel diesen Weg. Insgesamt konnte aber nur ein geringer Anteil der Arbeiter von diesen sozialen Einrichtungen profitieren, bevor der Staat mit den Sozialversicherungsgesetzen in den 1880er Jahren regelnd eingriff.

Diese Maßnahmen zugunsten der Arbeiter waren Zeichen einer Entwicklung, die in den 1860er Jahren einsetzte und in deren Verlauf die Unternehmer die unreflektierte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft aufgaben. Medizinische Erkenntnisse und verbesserte Produktionsbedingungen führten zu der Einsicht, dass insgesamt kürzere Arbeitszeiten, die intensiver genutzt wurden, produktionssteigernd wirken konnten. Fabrikbesitzer in Mönchengladbach waren hier die ersten, die diese Erkenntnis umsetzten und 1867 eine Arbeitszeit von 12 Stunden pro Tag verbindlich festsetzten. In den folgenden Jahren sank die wöchentliche Arbeitszeit in der Industrie bis zum Ersten Weltkrieg von über 70 bis auf 55 Stunden.

Nur zögernd griff die Reichsregierung in das Wirtschaftsleben ein, und spät erst nahm sie die Folgen der sozialen Probleme – Alkoholismus, Prostitution, Kriminalität, Verwahrlosung – für die bürgerlichen Moral- und Rechtsvorstellungen wahr. Sie verstaatlichte das Eisenbahn-, Post- und Fernmeldewesen und unterwarf die Reichsbank ihrer Kontrolle. Sie erschwerte Arbeitsvertragsverstöße, schrieb Fabrikinspektio-

nen vor, verbesserte den Arbeitsschutz, schränkte die Frauen- und Kinderarbeit ein und verfügte die Sonntagsruhe. Kern ihrer Sozialpolitik waren die staatliche Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung, die von 1883 bis 1889 entstanden. Ihr folgte 1911 die Arbeitslosenversicherung. Staat und Kommunen förderten auch die Aus- und Weiterbildung in Handel, Technik und Gewerbe. 1870 öffnete in Aachen eine polytechnische Schule, die 1897 zur Technischen Hochschule wurde. 1879 schaffte Köln mit seiner gewerblichen Fachschule einen neuen Typus von Bildungsanstalt. 1882 wurde in Remscheid eine Fachschule für Beschäftigte der bergischen Kleineisenindustrie gegründet, 1883 in Düsseldorf eine Kunstgewerbeschule.

Führende Sozialisten, wie der aus Deutz gebürtige Drechsler August Bebel (1840–1913), deuteten diese Politik der „Herrschenden“ als bloße Reparatur an einem überlebten System. Sie wollten nicht, wie der Breslauer Rechtsanwalt Ferdinand Lassalle (1825–1864), die bürgerlich-kapitalistische Ordnung reformieren, sondern „legal“ beseitigen.

Im Rheinland setzte die Sozialdemokratie vor allem auf die evangelische Arbeiterschaft des Bergischen Landes und, ab 1890, des Ruhrgebiets. Fast immer vertrat die SPD Barmen, Elberfeld und Solingen im Reichstag, Köln aber erst 1912. Mit ihrer Pflege von Frohsinn und Geselligkeit sprachen sozialistische Arbeitervereine die rheinische Seele an, so z. B. das Stiftungsfest des „Rheinischen Arbeitersängerbundes“ 1899 in Ohligs. Auch die Maifeiern im Rheinland waren gut besucht.

Mit der Aufhebung des „Sozialistengesetzes“ 1890 wurden jährliche Feiern zum 1. Mai ein festes Ritual der deutschen Arbeiterbewegung, auch im Rheinland. Das Programm sah meist

Vokal- und Instrumentalmusik und ein gesellschaftskritisches Theaterstück vor, bisweilen ergänzt durch artistische Vorführungen eines Turnvereins. Die Musikeinlagen reichten von klassischen Stücken über beliebte Volkslieder bis zu marxistischen Kampfliedern. So fanden sich auf den Ankündigungszetteln wenige prominente neben vielen weithin unbekanntem Komponistennamen. Die Musikbeiträge wurden von Feuerwehrkapellen, Fanfarenzügen, Arbeitergesangvereinen und unpolitischen Männerchören dargeboten. Nicht selten jedoch stand das dicht gedrängte Programm im Gegensatz zum Wunsch des Publikums, ungezwungen ein paar angenehme Stunden mit der Familie, mit Nachbarn oder Gleichgesinnten in freier Natur abseits von Lärm und Staub, Hitze und Hektik der Werkshallen oder Kohleschächte zu verbringen. Die Klassenkampfrhetorik jedoch irritierte viele. Zu radikal widerstrebte sie der rheinischen Maxime „Leben und leben lassen“.

Bemühungen der Kirche

Nicht nur rheinische Sozialisten, auch Vertreter der katholischen Kirche am Rhein nahmen sich der „Sozialen Frage“ an. Ab 1845 wirkte z. B. der frühere Schuhmachergeselle Adolph Kolping (1813–1865) in „Gesellenvereinen“ der Proletarisierung „standloser“ Handwerksburschen entgegen. 1864 erörterte der Mainzer Bischof Wilhelm von Ketteler (1811–1877) in einer Studie u. a. die gerechte Verteilung von Unternehmensgewinnen. Beider sozialpolitische Ideen flossen in das rheinisch geprägte „Zentrum“ ein. Schon kurz nach ihrer Gründung 1870 zweitstärkste Reichstagsfraktion, geriet diese katholisch-liberal-konservative Partei in den „Kulturkampf“ zwischen der preußisch-protestantischen

Reichsregierung unter Kanzler Otto von Bismarck (1815-1898; Regierungszeit: 1862-1890) und der römischen Kurie unter Papst Pius IX. (1792-1878; Pontifikat: 1846-1878) um die Durchsetzung ihrer Amtsautorität.

Auslöser des „Kulturkampfes“ war die Trennung der Altkatholiken von der Römisch-Katholischen Kirche 1871, die von einzelnen deutschen Bundesstaaten schnell anerkannt wurde. Sie begrüßten diesen Schritt als Schwächung des seit 1846 amtierenden Papstes Pius IX.. Der Kirchengründung auf dem Münchener Altkatholikenkongress im September 1871 gingen Versammlungen von Laien in Königswinter und Theologen in Nürnberg (14./25.August 1871) voraus. Beide verwarfen die Dogmatisierung der Unfehlbarkeit des Papstes durch das Erste Vatikanum. Bonn als akademischer Mittelpunkt dieser Protestbewegung wurde Sitz des Bistums der Altkatholiken in Deutschland. Das Bischofsamt übernahmen die Rheinländer Johann Hubert Reinkens (1821-1896) und, nach dessen Tod, Theodor Weber (1836-1906). Altkatholische Pfarrgemeinden entstanden u. a. in Bonn, Düsseldorf, Essen, Koblenz, Köln und Krefeld. Mit aller Härte suchte Bismarck Roms Einfluss zu brechen. Als er nach dem Pontifikatswechsel von 1878 zaghaft einlenkte, hielt im Rheinland die Empörung über seine antikatholische Kirchenpolitik an. Weiteres Vertrauen kostete Bismarcks rücksichtslose Verfolgung der Sozialdemokratie.

Kaiser Wilhelm II und das Rheinland

Erst nach der Thronbesteigung Wilhelms II. (1859-1941) 1888 und dem Rücktritt Bismarcks 1890 entspannte sich das Verhältnis zwischen Rheinländern und Altpreußen. Obwohl

er in seinem Auftreten die rheinische Karikatur des Preußentums verkörperte, erwarb sich der Kaiser am Rhein viel Sympathie. Er, der protestantische Berliner, bewunderte die Macht- und Prachtentfaltung der katholischen Kirche und den Patriotismus der Rheinländer.

Das ganze 19. Jahrhundert hindurch spielte der Rhein eine herausragende Rolle im deutschen Nationalbewusstsein. Nachdem bereits in den Freiheitskriegen gegen Napoleon patriotische Rheinlieder erschienen waren, verfasste im September 1840 der in Bonn geborene Jurist Nikolaus Becker (1809-1845) ein viel gelesenes Gedicht unter dem Titel „Der deutsche Rhein“. Damit reagierte er auf neuerliche Ansprüche Frankreichs auf das linke Rheinufer.

Geschichte/ Politik HS/RS/GY/GS Deutsch GY/GS Kunst HS/RS/GY/GS

- Wie leben die unterschiedlichen Seiten der Gesellschaft zu Beginn des 20. Jahrhunderts. (Sek 1 10, Sek 2)

Der Versuch eines Sittenbildes über Proletariat, Bauerntum, Bürgertum und Industrielle zu Beginn des vorigen Jahrhunderts, bei dem soziale, berufliche und politische Aspekte berücksichtigt werden (hilfreich auch Karikaturen und Plakate).

- Die Erfindung der Fotografie verändert die Welt, nicht nur die der Künstler. (Sek 1)

Die Fotografie macht der Kunst einige ihrer bisherigen Standbeine (Porträts, Landschaften) streitig und eröffnet auch den nicht unbedingt zu privilegierten Bevölkerungsgruppen Gehörigen die Möglichkeit zur Selbstgestaltung/ -darstellung. Zeigt Beispiele auf, beschäftigt euch mit

altem Bildmaterial, wie würden heute die gleiche Problematik beleuchtende Fotos aussehen, dokumentiert an eigenen Bildbeispielen(auf der Suche nach Verwertbarem können oftmals alte Familienfotoalben sehr hilfreich sein).

- Städte des Rheinlandes mit Tuchmachertradition z. B. die Textilindustrie des Niederrheins. Stellvertretend regional als Beispiel: Euskirchen – ehemals Tuchmacherstadt

Die Geschichte der Tuchfabriken in Euskirchen und ihre damalige regionale Bedeutung für Land und Leute. (Sek 1)

Einige Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts sind die Geschicke Euskirchens eng verbunden mit der Tuchmacherei. Welche Tuchfabriken gab es, was war ursächlich für die Ansiedlung und welche Bedeutung hatte dieses Gewerbe für die damalige Infrastruktur Euskirchens? Nenne Gründe für die spätere Schließung der Tuchfabriken.

VI. Erster Weltkrieg

1890–1918

Regierungsjahre Wilhelms II. und der Erste Weltkrieg

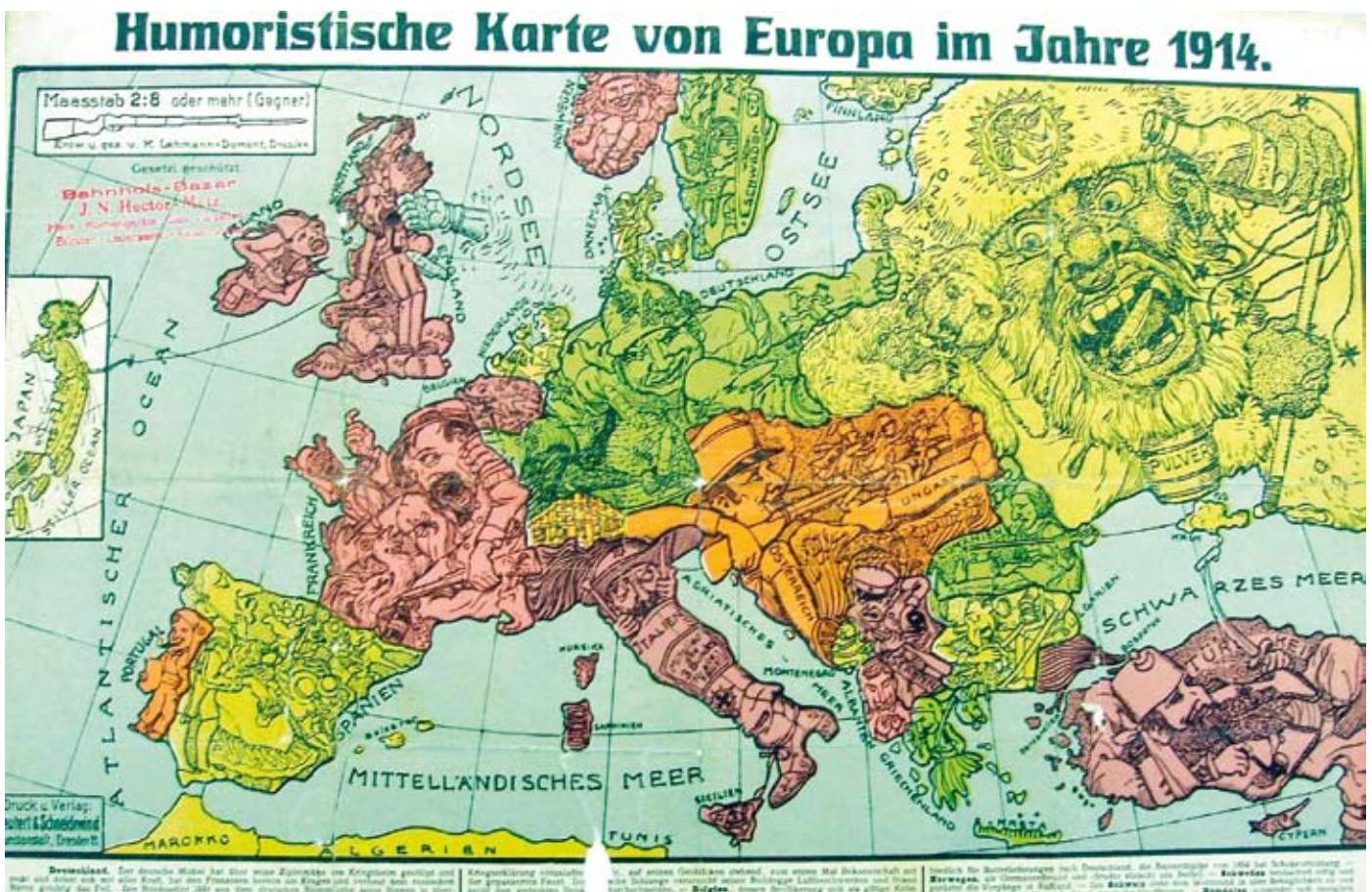
Um die Jahrhundertwende herrschte im Reich in allen Schichten ein ungebrochener Optimismus und Fortschritts Glaube. Eine technische Innovation jagte in Deutschland die nächste. Immer schneller, höher, weiter hieß die Parole der Zeit. Von dieser Technikbegeisterung ließen sich auch die Menschen in Rheinland und Westfalen anstecken.

Das Ruhrgebiet hatte sich zum

schwerindustriellen Zentrum des Deutschen Reiches entwickelt, dessen Erscheinungsbild maßgeblich von Zechen und Fabrikanlagen geprägt wurde. Etwa 2,3 Mio. Menschen lebten in der Region und mehrere Städte hatten ein enormes Wachstum hinter sich. So Dortmund und Essen, die ab 1895 bzw. 1896 mehr als 100.000 Einwohner hatten und zur Großstadt wurden. Zu diesem Bevölkerungswachstum trugen besonders die Zuwanderer bei; so lag der ostpreußische Anteil der Ruhrbevölkerung bei

10%. In fast allen Städten gab es eine ausreichende Wasserversorgung und eine Kanalisation. Straßenbeleuchtung, Straßenbahnen und die privaten Haushalte machten nun im ganzen Reich eine sichere Stromversorgung vorrangig, was die Kohleförderung im Revier ankurbelte.

Bestimmend war die gesellschaftliche Elite des Adels und des Militärs sowie der Unternehmer. Während die unternehmerische Macht zunehmend in den Händen weniger lag und die



Humoristische Karte von Europa vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Repro: Peter Braun, RFM.

Verflechtung von Industrie und Bankkapital fortschritt, lebten die Arbeiter am Rande des Existenzminimums. Die Familien waren auf die Mitarbeit von Frauen und Kindern angewiesen, da der Lohn des Mannes allein nicht ausreichte. Gewerkschaften und Unternehmer standen sich in dieser Situation unversöhnlich gegenüber und so kam es seit den 70er Jahren immer wieder zu Streiks. Wohnraum für Arbeiter war knapp: auf jede Wohnung kamen 20-30 Suchende. In 10-20% aller Haushalte wurden ein Zimmer bzw. eine Schlafstelle an einen Kostgänger vergeben. Aber die Gesellschaft war auf dem Weg, das soziale Problem zumindest als solches zu erkennen. Es gab Versuche, den unteren Klassen ihr Los zu erleichtern. An der vorherrschenden Gesellschaftsordnung, die den Arbeitern auch politisch die vollen Rechte verweigerte, wollte aber außer den Sozialisten niemand etwas ändern.

Das sich etablierende Gesundheitswesen mit seiner Konzentration auf Vorbeugung und Verbesserung der hygienischen Bedingungen war erfolgreich: mehr Säuglinge überlebten. Gleichzeitig wurde das Krankenversicherungswesen eingerichtet, das eine ärztliche Versorgung aller Schichten sicherstellte. Neben diesen staatlichen Bemühungen gab es auch private Initiativen. In dieser Zeit entstand z. B. die Idee, arme kinderreiche Familien mit einem kleinen Stück Land auszustatten, damit sie durch Anbau von Gemüse ihre Versorgungslage selbständig verbessern konnten: Schrebergärten entstanden. Die Arbeiter und Bürger verbrachten ihre Freizeit mit einem regen Vereinsleben – natürlich streng getrennt. Geselligkeit und Bierkonsum standen dabei im Vordergrund, aber auch Sportvereine und besonders Fußballclubs erlebten einen enormen Zulauf.



Französisches Plakat aus dem Ersten Weltkrieg um 1915.
Repro: Peter Braun, RFM.

Die Natur im Ruhrgebiet litt unter den Folgen der Industrialisierung. Die Umwelt war durch die Emissionen der Fabriken stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die kleinen Flüsse des Reviers galten als Brutstätte von Cholera, Typhus, Ruhr und Malaria und in der Luft konnte man in den Ruß greifen.

In dieser Situation brach der Erste Weltkrieg aus. Zunächst traten die sozialen Unterschiede durch die patriotischen Gefühle, die alle Bevölkerungsschichten einten, in den Hintergrund. Der so genannte „Burgfrieden“ des Kaisers mit den Sozialisten und deren Zustimmung zu den nötigen Kriegskrediten verschob auch die politische Auseinandersetzung bis nach Kriegsende.

1914 Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Bei Kriegsausbruch erfasste die nationalistische Begeisterung die Bevölkerung der Rheinprovinzen wie überall

sonst auch. Alle waren überzeugt, dass das Deutsche Reich den Krieg zu Recht führe und den Sieg erringen werde. Hier wie anderswo meldeten sich viele Männer freiwillig zum Kriegsdienst. Von den Kriegshandlungen direkt waren das Rheinland und auch Westfalen nicht betroffen, die Region war aber Aufmarschgebiet für die deutschen Truppen; von hier aus fielen sie nach Belgien und Nordfrankreich ein. Die Bedeutung der Rheinprovinzen Preußens lag auch während des Krieges in ihrer Eigenschaft als Industriegebiet.

Die Produktion wurde auf Kriegswirtschaft umgestellt, Zwangswirtschaft und Lebensmittelrationierungen wurden schnell Alltag. Besondere Auswirkungen zeigten sich schnell im Bergbau, denn ohne die Importe aus England und Frankreich war die Wirtschaft ganz auf die geförderten Mengen aus eigener Produktion angewiesen. Gleichzeitig stieg der Bedarf an Kohle und Kokereierzeugnissen.

Im so genannten Hungerwinter 1916/17 wurde die Versorgungslage

im Ruhrgebiet durch die anhaltend schlechte wirtschaftliche Lage katastrophal. Wie keine andere Region hatte es seine Nahrungsmittelversorgung durch Importe aus Russland, Polen und Übersee gedeckt, die nun während des Krieges fehlten. Die Bevölkerung litt Hunger.

Der Schützengraben oder: Der Rückzug des Menschen vor der Technik

Wie so häufig wollten die Generäle aller beteiligten Nationen einen Krieg von Morgen mit den Mitteln von Gestern gewinnen. Ihr strategisches Denken war noch völlig von einem kurzen Bewegungskrieg im Stile von 1870/71 befangen. Schon lange vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges lagen in Frankreich und Deutschland weitreichende operative Pläne (Plan XVIII bzw. Schlieffen-Plan) in den Schubladen beider Militärs.

Sie unterschätzten die waffentechnische Weiterentwicklung jedoch völlig. Am meisten unterschätzt wurde die zerstörerische Wirkung der Artillerie, die mit einem ganzen Arsenal verschiedenster Geschütze bald jede operative Bewegung zum Scheitern brachte.

Artilleriegeschosse töteten oder verwundeten durch Granatsplitter und Schrapnellkugeln sowie Giftgas etwa Dreiviertel aller Soldaten auf beiden Seiten.

Nachdem die Fronten im Westen ab Oktober 1914 zu einem Stellungskrieg erstarrt waren, wurden die Soldaten zunehmend gezwungen, sich in immer ausgeklügelteren Stellungen- und Unterstandssystemen vor der Wirkung der Artillerie zu schützen.

1915 wurde in der französischen, 1916 in der deutschen Armee der Stahlhelm eingeführt.

Zusätzlich ging man auf deutscher Seite dazu über, den Soldaten gleich einer Ritterrüstung mit einem sog. „Grabenpanzer“ zu behängen, welcher zwar einigermaßen vor Granatsplittern schützte, jedoch jede schnelle Bewegung unmöglich machte.

Da der Krieg auch unter der Erde geführt wurde, indem man komplette Schützengräben unterminierte und abschnittsweise in die Luft sprengte, fühlte sich der Soldat bald nirgendwo mehr sicher und empfand diesen Krieg immer stärker als industriemäßiges Menschenschlachten.

Verdun – Eine Schlacht als Symbol der Sinnlosigkeit

Obwohl es Schlachten während des Ersten Weltkrieges gab, die größere Truppenkonzentrationen, einen größeren Materialaufwand und höhere Verluste forderten, gilt die Schlacht von Verdun (21.02. – 15.12.1916) als das Symbol der Sinnlosigkeit einer menschenverachtenden und vernichtenden Materialschlacht überhaupt.

Der Schlieffen-Plan oder eine militärische Lösung anstatt politischer Klugheit

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. setzte die vorausschauende Bündnispolitik Bismarcks, die das Deutsche Reich vor einer politischen „Einkreisung“ bewahren sollte, nicht fort. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges sah sich Deutschland daher in einen Zweifrontenkrieg verwickelt.

Was politisch versäumt worden war, musste nun mit militärischen Mitteln erreicht werden.

Bevor ein Angriff des als schwerfällig angesehenen zaristischen Russlands zum Tragen kommen sollte, beabsichtigte der Generalstab, das französische Heer mit einer weiträumigen Umfas-

sungsbewegung durch das neutrale Belgien, über Nordfrankreich um Paris herum gegen die eigene Südflanke zu drücken und in einer Art überdimensionalem „Cannae“ einzukesseln. Entworfen hatte diesen Plan der bis zu seinem Tode 1905 amtierende Chef des deutschen Generalstabs, Generalfeldmarschall von Schlieffen.

Sein Nachfolger Generaloberst Hellmuth von Moltke führte diesen Plan 1914 allerdings nur in einer abgeschwächten Form aus. Er glaubte, dass die ursprünglichen Planungen die deutschen Kräfte überfordern würden, zudem zwang ihn der überraschend schnelle Vorstoß russischer Truppen nach Ostpreußen, eigene Kräfte von der Westfront abzuziehen.

Dies führte neben anderen Gründen zur Niederlage der deutschen Truppen an der Marne, zum Rückzug und schließlich zu einem bis 1918 dauernden zermürenden Stellungskrieg.

Die Doktrin des Schlieffen-Plans sollten sich für das Rheinland bereits vor dem Ersten Weltkrieg verkehrstechnisch und infrastrukturell prägend auswirken.

Denn um einen raschen Aufmarsch zu gewährleisten wurde die Eifel von einem Netz strategisch wichtiger Eisenbahnlinien durchzogen. Vorhandene Bahnlinien sollten von zwei auf vier Gleise erweitert werden. Dies betraf die 1877 eröffnete Moselstrecke Trier – Koblenz – Metz ebenso wie die Strecke durch das Ahrtal. Bei beiden Bahnlinien errichtete die preußische Eisenbahnverwaltung Tunnel- und Brückenbauwerke. Die Erweiterungen sollten jedoch nie in Betrieb gehen. Eines der Tunnelbauwerke im Ahrtal diente der Bundesrepublik als der sog. Regierungsbunker.

Zusätzlich wurden neue Eisenbahnbrücken über den Rhein errichtet, etwa die Brücke bei Remagen, die später im

Zweiten Weltkrieg eine berühmte Rolle spielen sollte.

Um bereits genügend Truppen vor Ort zu haben, vergrößerte das preußische Heer ihre Garnisonsstädte im Rheinland, wie etwa Köln, Aachen, Koblenz und Trier durch zahlreiche Kasernenneubauten. Noch im Jahr 1913 wurden in Trier zwei Kasernen errichtet für neu geschaffene Jägerregimenter zu Pferde, die die bewegliche Kavallerie verstärken und einen schnellen Vormarsch ermöglichen sollten.

Der „Steckrübenwinter“ und der Kampf an der sog. „Heimatfront“

Keine der beteiligten Nationen war bei Kriegsausbruch wirtschaftlich auf einen lang anhaltenden, schließlich alle Ressourcen in Anspruch nehmenden Kampf vorbereitet.

Nachdem sich das deutsche Wunschenken einer „Spazierfahrt nach Paris“ in den Schützengraben festgefahren hatte, wirkten sich die mittelbaren Folgen des Krieges recht bald auch auf die Zivilbevölkerung aus. Da auch viele Bauern zum Militärdienst eingezogen wurden, kam es bereits im Herbst 1914 zu erheblichen Ernteaufschlägen und ersten Engpässen in der Lebensmittelversorgung. Besonders die Grundnahrungsmittel Brot und Kartoffeln wurden bald knapp.

Viele Lebensmittel wurden bereits 1914 rationiert und waren nur mit Lebensmittelmarken erhältlich. Viele nicht auf Marken erhältliche Lebensmittel wurden bald so teuer, dass ärmere und gering verdienende Bevölkerungsschichten sich diese nicht mehr leisten konnten.

Einen vorläufigen Höhepunkt der Nahrungsmittelknappheit stellte der berühmte „Steckrüben-“ oder „Hungerwinter“ 1916/17 dar.

Auch die gesamtwirtschaftliche Situation Deutschlands hatte sich im Laufe des Krieges immer weiter verschlechtert. Eine Seeblockade Englands schnitt das deutsche Reich weitgehend von Einfuhren jeder Art ab. Bereits 1914 wurden sämtliche kriegswichtigen Rohstoffe von der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) unter Walther Rathenau verwaltet. Haushaltsgegenstände aus kriegswichtigen Materialien (u. a. Kupfer, Zinn, Gummi) wurden enteignet. Die Bevölkerung wurde durch geschickte Propaganda dazu bewogen, Gold und andere Edelmetalle abzugeben („Gold gab ich für Eisen“). Zusätzlich sollten Ersparnisse und vorhandenes Bargeld in sog. „Kriegsanleihen“ angelegt werden.

Mit dem „Hindenburgprogramm“ (30.09.1916) und dem „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst“ wurden zusätzliche Kräfte in der Zivilbevölkerung mobilisiert.

Um die großen Verluste an den Fronten auszugleichen wurden immer mehr Männer zum Militärdienst eingezogen und die frei werdenden Arbeitsplätze, besonders in der Rüstungsproduktion und in anderen Industriezweigen, durch Frauen ersetzt.

1917 wurden die Brotrationen noch einmal gekürzt. Die zunehmend schlechtere Gesamtversorgung mit Nahrungsmitteln führte in der Folge zu Hungerprotesten und Streiks. Sie bekamen, verbunden mit einer Forderung nach Frieden aber auch einer dem Arbeitsleben adäquaten gesellschaftspolitischen Rolle der Frau (Forderung nach Wahlrecht), zunehmend eine politische Dimension.

An den Folgen des Krieges starben alleine in Deutschland ca. 700.000 Zivilisten. Im letzten Kriegsjahr 1918 tötete eine weltweit wütende Spanische Grippe viele unterernährte und gesundheitlich geschwächte Menschen.

Der Krieg in Propaganda und Realität

Während des Ersten Weltkrieges wurden täglich 17 Mio. Feldpostbriefe sowohl von den Soldaten als auch von ihren Angehörigen zu Hause geschrieben. Bei einem solch regen Informationsaustausch sollte man eigentlich annehmen, dass beide Seiten sich jeweils umfassend informiert hätten, was ihr tägliches Leben und Überleben angeht.

Dass eine Beschreibung der wahren Verhältnisse in den Briefwechsel jedoch fast unmöglich war, verhinderten bzw. schränkten folgende Faktoren ein. Eine strenge Militäzensur zwang die Schreibenden, wichtige Informationen zu unterdrücken oder zu verschlüsseln. Auch wollte man den jeweiligen Empfänger nicht durch allzu realistische Beschreibungen beunruhigen, da man dessen Situation als noch schlimmer als die eigene vermutete. Hinzu kam aber auch die reine sprachliche Unfähigkeit, das erlebte Grauen in passende Worte zu fassen.

Übrig bleiben oft Floskeln, etwa „Mir geht es gut, was ich auch von Dir hoffe“ – ein Satz, der sich auf vielen Feldpostkarten findet.

Auch die zahlreich verbreiteten Fotografien zeigen keineswegs ein Abbild der Realität. Es überwiegen harmlos aussehende, gestellte Gruppen- oder Einzelaufnahmen vor einer „idyllischen“ Kriegskulisse. Privatfotos, die die grausame Realität des Krieges zeigen, sind ausgesprochen selten und waren von der Zensur verboten.

Auch die in Millionenzahl aufgelegten und verschickten Bildpostkarten vermitteln ein idyllisches, scheinbar harmloses und verklärendes Bild des Krieges. Gezeigt wird der Krieg von gestern: schneidige Kavallerieattacken, Flaggenparaden, einsam auf einem Hü-

gel stehende martialische dreinschauende Feldherren. Der Schützengraben wird lediglich als eine durch nichts gestörte Picknick- oder Liebesgabendidylle gezeigt; im Unterstand brennt der anheimelnde Ofen. Der Krieg wird als Kinderspiel dargestellt, indem der deutsche Soldat in einer Art Schulhofbalgerei die einzelnen Gegner verprügelt. Sie dienen als Verbildlichung des Spottgedichtes: „Jeder Schuss ein Russ', jeder Tritt ein Brit', jeder Stoss ein Franzos.“

In einer weiteren Gruppe von Karten wird der Gegner diffamiert, teilweise mit rassistischen Mitteln. Die alliierten Kolonialsoldaten werden als „Gefangenentypen“ charakterisiert und in steckbriefartigen Portraits wie in einer Völkerschau vorgeführt. Der russische Gegner wird als verlaust und dreckig dargestellt (russische Wirtschaft).

Erst in der Literatur während der Weimarer Republik sollte eine Aufarbeitung der Erlebnisse des Ersten Weltkrieges beginnen. Die Erfahrungen des einzelnen Frontsoldaten sollten aus der Anonymität eines Massenkrieges herausgehoben werden. Darin gleichen sich interessanterweise politisch so gegensätzliche Autoren wie E. M. Remarque und P. C. Ettighoffer. Jedoch insbesondere die Bücher Ettighoffers, der 1975 in Euskirchen starb, erzielten ebenso wie das Buch von Remarque „Im Westen nichts Neues“ ungeheure Auflagenhöhen.

Die Mondlandschaft

Kein Krieg hat das Landschaftsbild so verändert wie der Erste Weltkrieg. Es dauerte Jahre, bis die von

unzähligen Artilleriegranaten immer wieder durchpflügten und jeglicher Vegetation beraubten Landstriche, in denen sich ein über vier Jahre hinziehender Stellungskrieg abspielte, wieder einigermaßen erholt hatten. Der teilweise durch Giftgas völlig verseuchte Boden sollte nur noch ein Krüppelwachstum von Pflanzen ermöglichen. Jede landwirtschaftliche Neunutzung ist bis heute wegen der vielen Blindgänger mit Lebensgefahr verbunden.

Angriff der 1. amerikanischen Infanterie-Division und französischer Einheiten bei Sedan Anfang November 1918

Die deutschen Einheiten hatten sich auf das Nordufer der Maas zurückgezogen, um hier eine neue Verteidigungslinie aufzubauen. In aller Eile wurden in den Randbezirken von Sedan zwischen Häusertrümmern provisorische Schützengräben angelegt.

Den deutschen Truppen gegenüber lagen die 4. französische Armee (General Gouraud) und amerikanische Einheiten (General Pershing, Leiter des amerikanischen Expeditions-Korps). Trotz eines Appells des französischen Generals an General Pershing: „Laissez-moi Sedan“ (Lassen Sie mir Sedan) kam es beim Vorstoß der Truppen durch die Unübersichtlichkeit an der Front zu Vermischungen beider Truppenteile.

Es griffen hier sowohl Franzosen als auch Teile der 1. amerikanischen Division (erkennbar am Ärmelabzeichen „Big Red One“ – „Große Rote 1“) gleichzeitig die in den Schützengräben liegenden deutschen Einheiten an.

Bevor es jedoch den alliierten Truppen gelang, Sedan selbst zu erobern, traf am 11. November die Nachricht vom Waffenstillstand ein. Der Erste Weltkrieg war zu Ende!

Geschichte/ Politik HS/RS/ GY/GS

Kunst/ Medienkunde HS/ RS/GY/GS



Flugblatt des „Vorwärts“ zur Abdankung von Kaiser Wilhelm II. vom 09.11.1918. Repro: Peter Braun, RFM.

VII. Weimar, Nazidiktatur und Zweiter Weltkrieg

1918–1933

Die Weimarer Republik: Demokratie und Untergang

Die Weimarer Republik begann unter negativen Vorzeichen: Aus Kriegsmüdigkeit trugen die Menschen ihren Protest auf die Straße. Am Ende des Ersten Weltkriegs stand so auch das Ende des Deutschen Kaiserreiches. Mit der Abdankung Wilhelms II. und der Übertragung der Regierungsgeschäfte an die SPD, der stärksten Partei im Reichstag, war der Übergang von der monarchischen zur demokratischen Staatsform gewissermaßen über Nacht gekommen. Keine siegreiche Revolution hatte das bewirkt, sondern die Forderung der Kriegsgegner nach anderen Verhandlungspartnern als den kaiserlichen Generälen. Die Niederlage in diesem Krieg und ihre Konsequenzen waren eine Bürde, die die Weimarer Republik tragen musste. Die Verkündung der Friedensbedingungen im Versailler Vertrag war ein Schock für die Nation. Sie wurden dem Unterlegenen diktiert, Verhandlungen waren ausgeschlossen. Eben die Militärs, die bis zum Schluss falsche Siegeshoffnungen genährt hatten, setzten nun die „Dolchstoßlegende“ in die Welt: die Armee sei „unbesiegt im Feld“ geblieben, nur die Revolution in der Heimat habe Schuld an der Niederlage. So wurde die politische Atmosphäre der Weimarer Republik vergiftet. Politische Kräfte von links und von rechts wollten die junge Republik wieder zerschlagen. Das Wort von der Demokratie ohne Demokraten war wohl bitter wahr. Die Kommunisten fühlten

sich von den Sozialdemokraten verraten und agitierten. Und die alten Eliten des Kaiserreiches, die sich die Monarchie zurückwünschten, waren in den entscheidenden Positionen in Verwaltung, Armee und Wirtschaft geblieben. Der erste Versuch einer demokratischen Staatsform auf deutschem Boden hatte keine gute Ausgangsposition.

In den Jahren bis 1923 war die Republik durch bürgerkriegsähnliche Aufstände der Linken und Putschversuche der Rechten immer wieder gefährdet. Die Besetzung rechtsrheinischer Gebiete durch die französische Armee 1923 löste den so genannten Ruhrkampf aus, bei dem die Bevölkerung des Ruhrgebietes passiven Widerstand leistete. Die besetzten Gebiete wurden von der Reichsregierung bis zum totalen Zusammenbruch der Währung unterstützt. Die Versuche rheinischer Separatisten, unter dem Schutz der Besatzer das Rheinland aus dem Reichsgebiet herauszulösen, sorgten für weitere Aufregung.

Diesen nahezu chaotischen Zuständen folgte in der Ära Stresemann eine Phase der Konsolidierung, in der es dem Kanzler gelang, die Währung zu stabilisieren und außenpolitische Erfolge zu erringen. Der Dawesplan brachte neue, für Deutschland verbesserte Bedingungen zur Reparationszahlung. Durch den Locarnovertrag sowie die Mitgliedschaft im Völkerbund wurde Deutschland wieder zum gleichberechtigten Partner der europäischen Großmächte. Dem wichtigen Durchbruch in der Außenpolitik folgte aber nicht die

Veränderung der instabilen Verhältnisse im Inneren. Dennoch wurde diese Zeit, in der sich die Wirtschaft wieder etwas zu erholen begann, von der Bevölkerung als die „Goldenen Zwanziger Jahre“ wahrgenommen, in der Kultur und Wissenschaft blühten.

1929 verschlechterten sich mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise die äußeren Rahmenbedingungen dramatisch: Zu einer allgemeinen Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation kamen steigende Arbeitslosenzahlen. In dieser Situation kam es zur Auflösung der demokratischen Fundamente. Ab 1930 konnte im Reichstag zwischen den Parteien keine Einigung mehr erzielt werden, deshalb ernannte Reichspräsident von Hindenburg Kanzler und Kabinett ohne Beteiligung des Parlaments. Mit dem Beginn der so genannten Präsidialkabinette, in denen die Regierung nur noch vom Vertrauen des Staatsoberhauptes abhing, hatte die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik aufgehört zu existieren. Der Widerstand gegen die Machtübernahme der Nationalsozialisten war dementsprechend schwach.

Das Rheinland in der Weimarer Republik

Im Dezember 1918 errichteten Belgien, Frankreich, Großbritannien und die USA ein Militärregime über die linksrheinischen Gebiete und einen schmalen Streifen rechts des Flusses. Gegen französischen Willen beließ der Vertrag von Versailles das Rheinland fast vollständig bei Deutschland, unter-

stellte aber dessen Verwaltungsorgane der Kontrolle des „Interalliierten Hohen Ausschusses für die Rheinlande“ in Koblenz. Für den Fall korrekter Erfüllung der deutschen Reparationspflichten sah er das Ende der Besatzung bis spätestens 1935 vor.

Die verhinderte Abspaltung des Rheinlands erstrebte Frankreich nun mit Hilfe einer Autonomiebewegung unter Beteiligung namhafter Vertreter des öffentlichen Lebens. Ihr Wortführer wurde Kölns Oberbürgermeister Konrad Adenauer (1876-1967). Sein rheinischer Sonderweg im Rahmen der Weimarer Verfassung aber war manchen zu moderat. So forderte der frühere Koblenzer Staatsanwalt Hans Adam Dorten (1880-1963) von der „Rheinischen Volksvereinigung“ ab 1920 immer offener einen unabhängigen Bundesstaat. Nach der Förderung weiterer Autonomistengruppen bis Mitte 1923 erwirkte die französische Besatzung ein Aktionsbündnis zur „Herbeiführung der selbständigen Rheinischen Republik“. Im Herbst kam es in Düsseldorf, Aachen, Wiesbaden, Koblenz und bei Honnef zu Unruhen. Erst ein britischer Protest, der einen Rheinstaat als Verletzung des Friedensvertrages wertete, veranlasste Frankreich, alle Separatistenverbände aufzulösen.

Einen Bürgerkrieg hat das Rheinland schon im Frühjahr 1920 erlebt. Damals überzog eine „Rote Ruhrarmee“ u. a. Barmen, Duisburg, Elberfeld, Essen, Remscheid und Velbert mit Straßenkämpfen. Der Anlass – ein rechtsradikaler Putsch in Berlin – war binnen vier Tagen beseitigt, da machte die „Ruhrarmee“ gegen die SPD-geführte Reichsregierung Front. Nach

brutalen Gewaltausbrüchen auf beiden Seiten ließ die Regierung die Revolten Anfang April 1920 niederschlagen.

Im Januar 1923 wurde das Ruhrgebiet erneut zum Exerzierfeld militärischer Macht, als Belgier und Franzosen überfällige Holz- und Kohlelieferungen entrieben. Die Reichsregierung erklärte den „Passiven Widerstand“. Infolge der Kosten der Massenstreiks sank der Wert der Goldmark bis November ins Bodenlose, ehe die Aufgabe der Verweigerungs politik und eine Währungsreform die Krise beendeten.

1933-1945 Das „Dritte Reich“.

Die Schrecken des Nationalsozialismus zwischen der Machtergreifung vom 31. Januar 1933 und dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa vom 8. Mai 1945 haben auch im Rheinland und in Westfalen tiefe Spuren hinterlassen. Ideologie und Ziele des Nationalsozialismus waren konsequent auf die Gleichschaltung von Reich und Ländern sowie die Schaffung hierarchischer und monolithischer Strukturen in Politik, Gesellschaft und auch Wirtschaft ausgerichtet.



Mitgliedsausweis für die Hitlerjugend.
Repro: Peter Braun, RFM.



Antisemitisches Plakat aus der Zeit des Nationalsozialismus.

Repro: Peter Braun; RFM.

Zu keiner anderen Zeit der Geschichte waren die typischen Eigenarten und Profile der beiden Regionen so reduziert und unterdrückt als während dieser Jahre. Zwar zeigten die Wahlen des Jahres 1933, dass sicher nicht die Mehrheit der Rheinländer und weit weniger noch die Westfalen die nationalsozialistische Diktatur wollten, aber trotz eines um fast 8 Prozentpunkte unter dem Reichsergebnis liegenden Wahlergebnisses für die NSDAP, stimmten über 35% für die Nationalsozialisten. Große Auflehnung gegen die Beseitigung der verfassungsmäßigen Strukturen fehlte. Die Verfolgung von politisch Andersdenkenden, die barbarische Missachtung von Menschenrechten und -würde nahmen einen ähnlichen Verlauf wie im Rest Deutschlands.



Flugblätter der Alliierten zum Ende des Zweiten Weltkrieges.
 Repro: Peter Braun, RFM.

Die Gräueltaten vom 9./10. November 1938 verschonten kaum eine jüdische Einrichtung. Nur ganz wenige Synagogen, die bereits vorher andere Besitzer gefunden hatten, weil das jüdische Erbe bereits erloschen oder unmöglich geworden war, blieben unzerstört. Die Verfolgung der Juden, der Raub ihres Besitzes und am Ende ihre nahezu völlige Verschleppung und Ermordung gehörten auch im Rheinland und in Westfalen zu den dunkelsten Kapiteln der Geschichte.

Das Ruhrgebiet, die besondere Wirtschaftskraft der Rheinlande und

die strategische Bedeutung machte das heutige Nordrhein-Westfalen zu Kriegsbeginn zu einem Zentrum des Zweiten Weltkriegs. Von hier aus wurden die Blitzkriege gegen die neutralen Nachbarn gestartet, hier lag das Zentrum der kriegswichtigen Schlüsselindustrien und natürlich der Waffenproduktion. Ab 1942 konzentrierte sich ein erheblicher Teil des Luftkriegs der Alliierten auf das Ruhrgebiet, die großen Städte und Industriestandorte an Rhein und Ruhr. Mit Aachen wurde 1944 auch die erste deutsche Stadt von den Alliierten erobert, und hier fanden

gegen Ende des Krieges furchtbare Schlachten und Kämpfe statt wie die Schlacht im Hürtgenwald, die unübersehbare Zerstörungen und Verwüstungen hinterlassen haben.

Das Rheinland im „Dritten Reich“

Gegen den Nationalsozialismus zeigte sich das Rheinland resistenter als andere Regionen Deutschlands. Sein städtisch-bürgerliches und katholisch-soziales Milieu ließ nur unterdurchschnittliche Wahlergebnisse zu. Dagegen lag die Zahl rheinischer NSDAP-Mitglieder

mit auffällig vielen Angestellten und Selbständigen und wenigen Bauern auf Reichsniveau. In der Führungsriege sind Reichspropagandaminister Joseph Goebbels (1897-1945) aus Rheydt, Reichsaußenminister Joachim Ribbentrop (1893-1946) aus Wesel und der Chef der „Deutschen Arbeitsfront“ Robert Ley (1890-1945) aus Niederbreidenbach die exponiertesten rheinischen Nationalsozialisten.

Auch am Rhein liefen die Novemberpogrome von 1938 und die Deportation von Juden und anderen Verfolgten mit notorischer Radikalität und Planmäßigkeit ab, selbst wenn hier kein großes Zwangsarbeits- oder Vernichtungslager existierte. Am 12. November 1938 verfügte Hermann Göring als Hitlers „Beauftragter für den Vierjahresplan“ eine „Sühneleistung“ der deutschen Juden von einer Milliarde Reichsmark (RM) für die Kosten zur Wiederherstellung des in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 durch die nationalsozialistischen Pogrome beschädigten jüdischen Eigentums. Opfer wurden damit zu Tätern gemacht. Mit Schreiben wie der „Polizeilichen Festsetzung“ trieben die Behörden in nur einer Woche die Zwangskontribution von den Juden ein – zum Abbau der Inlandsverschuldung des Staates, die 1938 auf den Rekord von 42 Mrd. RM gestiegen war.

Geschichte/ Politik HS/RS/GY/GS
Deutsch HS/RS/GY/GS
KUNST HS/RS/GY/GS

- Die NS-Zeit aus der Sicht von Hinterbliebenen (10 o. Sek 2)

Fragen nach damaligem Alter, Erfahrungen in erzieherischen Bereichen (Schule, Hitlerjugend), dem sozialen Umfeld, der Situation im Elternhaus, dem Erleben der Zeit des Krieges, des Kriegsendes und der Zeit danach.

Gibt es private Bildbeispiele, die das Erfahrene dokumentieren helfen.

- Ich bin überall

Der Volksempfänger eröffnet der Propaganda des Dritten Reiches neue Dimensionen der Beeinflussung. (Sek 1 10, Sek 2)

Wie sah er aus, wer besaß ihn und welche Ziele wurden mit ihm verfolgt?

Was wissen Menschen, in deren Haushalten er sich befand, über den Umgang mit ihm zu berichten?

- Unangepasstes Jugendverhalten 1 „Von Navajos und Edelweißpiraten“, das Schicksal Ehrenfelder Jugendlicher gegen Ende des Krieges. (Sek 1 10, Sek 2)

Es gab auch Jugendliche, die sich dem Regime widersetzen. Berichte und dokumentiere in Bildern. Was ergibt die Arbeit mit der Datenbank des NS-Dokumentationszentrums in Köln? Ist eine Begegnung mit einem der noch lebenden „Piraten“ möglich? Texte aus Liedern der „Edelweißpiraten“.

-Unangepasstes Jugendverhalten 2 „Edelweißpiraten“, das Schicksal Ehrenfelder Jugendlicher gegen Ende des Krieges. (Sek 1 10, Sek 2)

Fotografische- und/oder textliche Darstellung einer Stadtteilführung in Ehrenfeld auf den Spuren der „Edelweißpiraten“.

- Kinder gegen Panzer (Sek 1 10, Sek 2)

In auswegloser Situation werden zu Ende des Krieges Jugendliche zum Dienst an der Waffe rekrutiert. Findet

Zeitzeugen und schildert ihre Erinnerungen zu dieser Maßnahme. Gibt es Bilddokumente aus dieser Zeit? – Wären die Zeitzeugen bereit, für einen Themenabend zur Verfügung zu stehen?

- „Entartete“ Kunst zur Zeit des Nationalsozialismus im Rheinland (Sek 2)

Was bedeutete „entartet“? – Auf welche Bereiche wurde dieser Begriff angewandt? – Wer wurde im Rheinland als entarteter Künstler angesehen? – Welcher Religionszugehörigkeit war der jeweilige Künstler? – Wie war sein weiteres Schicksal? – Zeigt Beispiele seines Schaffens. Zur zeitlichen Orientierung: Am 19.07.1937 wird in München die Ausstellung „Entartete Kunst“ von Adolf Ziegler, Präsident der Reichskammer der bildenden Künste eröffnet.

- Die Bedeutung von Film und Schlager während des und nach dem zweiten Weltkrieg. (Sek 1 9, 10, Sek 2)

Ab August 1941 strahlt der deutsche Soldatensender in Belgrad allabendlich das Lied „Lili Marleen“ der Sängerin Lale Andersen aus. Der Schlager wird ein Erfolg nicht nur an allen Fronten und im Deutschen Reich, sondern auch in Großbritannien. Wozu diente dieses Lied und andere Lieder den Machthabern. Beschäftigt euch auch mit Spielfilmen der damaligen Zeit und den Absichten, die mit ihnen verbunden waren. Wie änderten sich die Inhalte von Liedgut und Film nach Kriegsende und der darauf folgenden Zeit des Wiederaufbaus. Gab es nach dem Ende des Krieges ein spezielles rheinisches Liedgut?

VIII. Trizonesien (1945–1948)

5. Juni 1945 Deutschland wird in vier Zonen aufgeteilt

Die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich, übernahmen mit der „Berliner Erklärung“ vom 5. Juni 1945 die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Darin eingeschlossen waren alle Befugnisse militärischer, politischer und verwaltungstechnischer Art auf Landes-, Stadt- und Gemeindeebene. Am selben Tag wurde Deutschland in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Jede alliierte Besatzungsmacht erhielt die Hoheit über einen Teil Deutschlands: Die östliche Zone wurde der UDSSR zugesprochen, die nordwestliche mit den späteren Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg den Briten, die südwestliche den Amerikanern und der Westen kam unter französische Verwaltung. In jeder Besatzungszone gab es einen Militär-gouverneur, der gleichzeitig auch der militärische Oberbefehlshaber war. In Berlin tagte der Alliierte Kontrollrat, der alle Fragen, die Deutschland als Ganzes betrafen, regeln sollte.

Zunächst war die Planung für Deutschland eine andere gewesen: Auf der Konferenz von Québec 1944 hatten sich die Alliierten noch auf eine Aufteilung in drei Besatzungszonen geeinigt, erst nachträglich war es General de Gaulle gelungen, auch noch eine französische Zone durchzusetzen, die zwischen die britische und amerikanische geschoben wurde.

Diese rheinische Teilung war eine der Ursachen für die spätere Bildung der Länder Nordrhein-Westfalen in der britischen und Rheinland-Pfalz in der amerikanischen Zone. Zudem waren die Briten noch bis Anfang 1945 davon ausgegangen, dass es eine zentrale Verwaltung geben werde, die Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit behandeln werde. Doch schon bald zeigte sich, dass der Kontrollrat einem Auseinanderdriften der Zonen nicht entgegenwirken konnte.

Schon vor dem 8. Mai, dem Tag der Kapitulation der Deutschen, waren die Kampfhandlungen im Westen vorbei und die Zeit der Besatzung hatte begonnen. Dabei waren die Besatzer im Rheinland und in Westfalen zunächst überwiegend Amerikaner, die das Ruhrgebiet erobert hatten. Der kämpfenden Truppe folgten Militär-Verwaltungseinheiten, deren kurze Tätigkeit dennoch Spuren hinterließ. So wurde Konrad Adenauer von Amerikanern wieder als Oberbürgermeister von Köln eingesetzt. Ende Mai übernahmen die Briten Westfalen, am 21. Juni das nördliche Rheinland.

Unter der Aufsicht örtlicher Militärkommandanten musste die zusammengebrochene lokale Verwaltung reorganisiert, Zivilbevölkerung und Soldaten in Gefangenschaft versorgt, Transportwege wieder aufgebaut und die Produktion der Wirtschaft angekurbelt werden. Die beiden wichtigsten Männer in der britischen Besatzungszone waren der Militärgouverneur, Feldmarschall Montgomery, der im

westfälischen Bad Oeynhausen residierte, und sein Stellvertreter General Robertson, der die britische Sektion der Control Commission for Germany in Berlin leitete. Kommandeure der Militärregierungen waren für die Provinz Nordrhein Sir John Barraclough in Düsseldorf und für die Provinz Westfalen George Leidigham (später Cecil Chatwick) in Münster.

Das Rheinland in der Nachkriegszeit

Kaum eine deutsche Großstadt hatte pro Einwohner so viel Schutt zu bewältigen wie Köln, Essen und Aachen. Köln (70,0%) und Duisburg (64,8%) zählten zu den drei Großstädten mit den meisten Gebäudeschäden. Auch kleinere Orte wie Düren, Emmerich, Jülich, Moers oder Wesel waren weithin zerstört.

Wohnungsnot

Ab 1945 stieg die Belegungsdichte pro Wohnung in den Städten wegen des Zustroms Evakuierter sowie von Flüchtlingen und Vertriebenen aus Mittel- und Ostdeutschland rapide an. In Köln teilten sich nun 24 statt 11 (1939), in Duisburg 25 statt 10 Personen eine Bleibe. Auszug aus dem Sozialbericht der Stadt Aachen von 1947:

„Familie Josef G., 11 Personen, bewohnt eine Nissenbaracke [halbrunde Wellblechhütte] an der Trierer Straße. Außer der Mutter und dem Familienoberhaupt sind neun unmündige Kinder, darunter ein Säugling von einigen Monaten, vorhanden. Kurz vor

dem Kälteeinbruch im vorigen Winter befand sich die Baracke noch in der Fertigstellung. Ein viel zu kleiner Ofen sollte für die notwendige Erwärmung sorgen. Obwohl sich die Familie in der Hauptsache um das kleine Öfchen lagerte, konnte nicht verhindert werden, dass den Kindern Hände und Füße erfroren sind und sie Aufnahme im Krankenhaus finden mussten. Bei dieser Gelegenheit erfroren auch noch 12 Zentner Kartoffeln. Die 11 Personen verfügten über sechs Betten mit je einer Decke. Wenn es ihnen zu kalt war, legten sie sich zu drei Personen in ein Bett: Bettzeug fehlt fast gänzlich. Die ganze Zimmereinrichtung besteht aus Herd, Tisch, Küchenschrank und einem kleinen Schrank, Kleiderschrank ist nicht vorhanden. Soweit die Kleider nicht gerade zum Anziehen benötigt werden, hängen sie an der Wand. Zur Zeit liegt ein Kind mit Lungenentzündung danieder."

Kindheit im Nachkriegsdeutschland

Die Lebensmittelrationen, im Kriege ausreichend, sanken im Frieden unter das Existenzminimum. Hungernd und frierend, in Ruinen und Baracken hausend, waren die Deutschen nun ein Volk der Bettler und Vagabunden, Diebe und Schieber: beim „Hamstern“ auf den Feldern, beim Schachern auf dem Schwarzmarkt, beim Stehlen auf den Kohlezügen oder beim Schmuggel an der Grenze. Kinder betätigten sich in der frühen Nachkriegszeit als mäßig organisierte Schmuggler an der deutsch-niederländischen Grenze.

Fringsen

Aus dem „Essener Tagblatt“ vom 31. Mai 1950:

„Und die Eltern dieser Kinder? Fast alle wissen von dem Grenzgeschäft

ihres Nachwuchses, manche dulden, andere fordern, nur wenige verhindern ihn. Eine Vierzehnjährige, die die fünfköpfige Familie unterhält? Keine Seltenheit. Ein vierjähriges Kind auf dem Weg durch den Grenzwald? Alltäglich. Der ungekrönte jugendliche Schmugglerkönig mit 18 erlittenen Aufgriffen? Nur ein lokaler Rekord, der morgen schon gebrochen ist.“

Dass der tägliche Überlebenskampf weder Gottesgebot noch Bürgerrecht achtete, war auch Kölns Erzbischof Joseph Kardinal Frings (1887-1978) bewusst.

Seiner Nachsicht mit den Mundräubern jener Jahre nackter Not setzte der rheinische Volksmund in dem Wort „Fringsen“ ein Denkmal.

Wirtschaft

Die Wirtschaft des Rheinlands war örtlich sehr unterschiedlich von den Kriegsfolgen betroffen. In Essen waren 28% der Industriebauten völlig vernichtet, 27% erheblich und 45% leicht beschädigt. Köln und Düsseldorf verzeichneten 59% bzw. 23% total verwüstete und 25% bzw. 19% stark zerstörte Gewerbegebäude. Allgemein fielen die Verheerungen geringer aus als zunächst befürchtet. Allein auf die vielen Rüstungsbetriebe war nur ein Siebtel der Bombenlast niedergegangen, die auf Verkehrsanlagen und die Zivilbevölkerung gefallen war. Auch die Demontagen waren erträglicher als erwartet, da die deutsche Verzögerungstaktik meist gravierende Kapazitätsverluste verhindern konnte.

Anders als nach dem Waffenstillstand 1918 ging mit der Kapitulation 1945 die Staatsgewalt in Deutschland auf die Sieger Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion und USA über. Von Beginn an spielte die Rhein-Ruhr-Region in deren je eigener Besatzungs-

politik eine zentrale Rolle. Fürchteten Briten und Amerikaner Moskaus weitere Westexpansion, so einte Sowjets und Franzosen die Angst vor der deutschen „Waffenschmiede“ und das Drängen auf höchstmögliche Reparationen. Nach zähem Ringen und steter Verschärfung des Kalten Krieges unterstellte die „Internationale Ruhrbehörde“ das Revier Ende 1948 westlicher Kontrolle. Sowjets und Deutsche blieben außen vor.

Entnazifizierung

Die Reorganisation von Politik und Verwaltung an Rhein und Ruhr stand im Schatten der Erblast des Nationalsozialismus. Schon vor der Potsdamer Konferenz vom Sommer 1945 suchten Briten und Amerikaner, im Rheinland wichtiger Funktionäre des Hitlerregimes und seiner Stützen in Wirtschaft und Gesellschaft habhaft zu werden. Erst 1946 mündete die anfangs „wilde Entnazifizierung“ in ein geordnetes Verfahren.

Die Siegermächte vollzogen die „Entnazifizierung“ als eine Kombination aus juristischer Strafverfolgung, politischer Säuberung und ideologischer Umerziehung. Trotz des gemeinsam gefassten Kontrollratsgesetzes Nr. 24 vom 12. Januar 1946 über die „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Zielen der Alliierten feindselig gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen“ gingen sie nicht einheitlich vor. Im Rheinland und in Westfalen gaben Briten und Amerikaner schon kurz nach ihrem Einmarsch erste Fragebögen heraus, auf deren Grundlage die Militärbehörden über die Verwendungsfähigkeit der Befragten für bestimmte Ämter, Berufe oder Dienststellungen entschieden. Die später auf 133 Fragen u. a. zu Leben, Beruf und politischer Vergangenheit erweiterten Fragebögen wurden insbe-

sondere Angehörigen des öffentlichen Dienstes und Personen in Führungspositionen der freien Wirtschaft vorgelegt, während in Handwerk, Landwirtschaft und Einzelhandel ganze Berufsgruppen außer acht blieben.

Ab Frühjahr 1946 entstanden im künftigen Land Nordrhein-Westfalen in allen Stadt- und Landkreisen und bei den Regierungspräsidien deutsche „Entnazifizierungsausschüsse“, wobei den Kirchen eigene Kommissionen zugebilligt wurden. Anfangs durften diese Gremien nur Empfehlungen an die seit Juli 1945 allein zuständige britische Militärregierung richten, die dann über die Überprüften entschied. Ein Jahr später wurde die Beurteilungspraxis differenzierter. Fortan wurde zwischen „Hauptschuldigen“/„Verbrechern“, „Belasteten“/„Übeltätern“, „Minderbelasteten“/„Aktivisten“, „Mitläufern“ und „Entlasteten“ unterschieden, wobei sich die Briten die Kompetenz für die ersten beiden Kategorien vorbehielten. Für jede Kategorie sah das System Strafen vor, z. B. Arbeitslager, Vermögensentzug, Geldbuße, Berufsverbot, berufliche Rückstufung, Wahlrechtsverbot oder Beschränkung der Freizügigkeit. In Nordrhein-Westfalen wurden ca. 800.000 Personen, also etwa 10% der Bevölkerung über 18 Jahre, überprüft. Rund 75% wurden als „Entlastete“ eingestuft, etwa 20% als „Mitläufer“ und ungefähr 4% als „Minderbelastete“/„Aktivisten“. Nur 1-2% fielen in die Kategorien „Hauptschuldige“/„Verbrecher“ oder „Belastete“/„Übeltäter“.

Noch während erste Überprüfungen liefen, zwang die desolate Lage ihrer Zone die britische Militärregierung zur Hinzuziehung deutscher Fachleute. Schrittweise gewährte sie diesen

Beratern mehr Kompetenzen, bis sie im August 1946 die erste Zivilregierung des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf ernannte. Sichtbarster Beleg für den wachsenden Einfluss der deutschen Sachverständigen auf Briten, Amerikaner und Franzosen war die Währungsreform vom Juni 1948, die unter Mitarbeit deutscher Ökonomen die „D-Mark“ als neues Zahlungsmittel in Westdeutschland und West-Berlin einführte.



Wahlplakat für Konrad Adenauer zur ersten Bundestagswahl 1949.

Repro: Peter Braun, RFM.

Hauptstadt Bonn

Im Zuge des sich vertiefenden Ost-West-Gegensatzes verlagerten sich die Machtzentren in Restdeutschland an die Peripherie: an die Spree im Osten und den Rhein im Westen. Im Juni 1945 entstand in Köln mit der „Christlich-DEMokratischen Volkspartei“ der Vorläufer der CDU, die fortan die deutsche Politik maßgeblich prägen sollte. Parallel zum Aufstieg Konrad Adenauers (1876-1967) zum Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wurde das Rheinland nach

mehr als tausend Jahren wieder Mittelpunkt eines deutschen Staatswesens, das über enge landschaftliche Grenzen weit nach Norden, Osten und Süden ausgriff. Regierungssitz des neuen Weststaates wurde Bonn.

Bonn gegen Ost-Berlin: Auch der alte Gegensatz zwischen Rheinland und Preußen erfuhr mit der deutschen Teilung 1949 eine Neuauflage – freilich unter anderen historisch-politischen Vorzeichen.

Geschichte/ Politik HS/RS/GY/GS

- Kinder

Wie erlebten damalige Kinder das Ende des zweiten Weltkrieges und die darauf folgende Zeit des Wiederaufbaus. (Sek 1 9 u. 10)?

Wie haben Großeltern, andere Verwandte, die Nachbarn auf das Ende des Krieges reagiert? In welcher Situation haben sie die Nachricht erhalten? Wie erlebten Eltern/Großeltern die Nachkriegszeit? Wie verlief der Wiederaufbau?

- Abenteuerspielplatz: Trümmergrundstücke

Die unmittelbare Zeit nach dem zweiten Weltkrieg (Sek 1 10, Sek 2)

Befragung der Menschen, die 1945 und während des darauf folgenden Jahrzehnts Kinder waren, wie sie gespielt haben, was alles zum Spielzeug wurde und wie sie heute zu dieser Kindheit stehen. Gibt es Bildmaterial von ihnen, den Spielorten und/ oder ihrem Spielzeug?

Nichts geht mehr – von wegen! (Sek 1 9 u. 10)

Die Zeit nach dem Krieg – eine Phase der Brennstoffknappheit. Kaltblüter werden zu unverzichtbaren Partnern bei der Reorganisation der Land- und Forstwirtschaft der Eifel. Dokumentation in Text und Bild.

IX. Wirtschaftswunder

Die Gunst der Geographie bewahrte die Rheinländer vor Flucht, Vertreibung und Sowjetdiktatur. Aber auch am Rhein suchten Hunderttausende Entwurzelte eine neue Heimat. Im Krieg erheblich zerstört, wuchsen Düsseldorf, Duisburg, Essen und Köln von 1945 bis 1954 um insgesamt 1,3 Millionen Einwohner. Die Zunahme der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens von 11,7 (1946) auf 13,9 Millionen (1952) zwang zur Wohnraumbewirtschaftung, die mit der Einquartierung wildfremder Menschen vielerorts Ablehnung bei Alteingesessenen hervorrief.

Die Wohnungen wiesen die Kommunen zu. Deren Selbstverwaltung wurde im April 1946 nach britischem Vorbild umorganisiert. Die „Ratsverfassung“ verschob das Machtgefüge zugunsten gewählter Stadtverordneter. Ihren Beschlüssen, Ergebnis der freien Konkurrenz der Parteien, waren nun ehrenamtliche Bürgermeister und beamtete Stadtdirektoren unterworfen. Von den Briten als Mittel ihrer „Umerziehung“ der Deutschen zu Demokraten verstanden, prägte diese Parlamentarisierung schon bald die Debatten um den Wiederaufbau vor Ort.

Aufbau

Nach 1945 traten rheinische Städte das Erbe Berlins als Hauptstadt Deutschlands, Kapitale Preußens und Unternehmenszentrum des alten Reiches an. 1946 machten die Briten Düsseldorf zum Regierungssitz Nordrhein-Westfalens im ehemaligen Preußen. 1949 wurde Bonn Bundeshauptstadt. Auch

der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere Verbände zogen an den Rhein. Für die rheinische Wirtschaft verkürzten sich die Wege zu einflussreichen Politikern und Lobbyisten um fast 600 Kilometer.

Ferner stärkten sie Firmenzuzüge aus Berlin, nachdem die sowjetische Blockade 1948/49 die labile Lage des Westteils offenbart hatte.

Trotz Krieg und Demontagen verfügte das Rheinland noch immer über ein großes Arbeitskräftepotential und eine strukturell leistungsfähige Großindustrie. Der aufkeimende Ost-West-Konflikt förderte bei den Westmächten die Einsicht, dass der Wiederaufbau ihrer Zonen, ja Westeuropas, ohne eine Gesundung der Wirtschaft an Rhein und Ruhr nicht gelingen konnte. Statt die westdeutsche Infrastruktur durch Entnahmen aus dem verbliebenen Produktionsapparat fortwährend zu schwächen, verhalf der Marshall-Plan der USA den Deutschen zu strategischen Anschubfinanzierungen und neuer Kreditwürdigkeit.

Bis Mitte 1952 befristet und zur Hälfte geliehen, wirkte die amerikanische Hilfe für Westdeutschland wie eine Initialzündung, wirtschaftlich und psychologisch. Hauptempfängerland war Nordrhein-Westfalen, wo das Geld in erster Linie in den Kohlebergbau, das Nachrichten- und Verkehrswesen sowie die Energieversorgungsbetriebe floss.

Schon 1951 übertraf die Industrieerzeugung der Bundesrepublik den Stand von 1938. Am Ende des

Jahrzehnts sollte sie sich mehr als verdoppelt haben.

Von 1950 bis 1960 verdreifachte sich das Bruttoinlandsprodukt. 1952 erzielte man erstmalig einen Exportüberschuss.

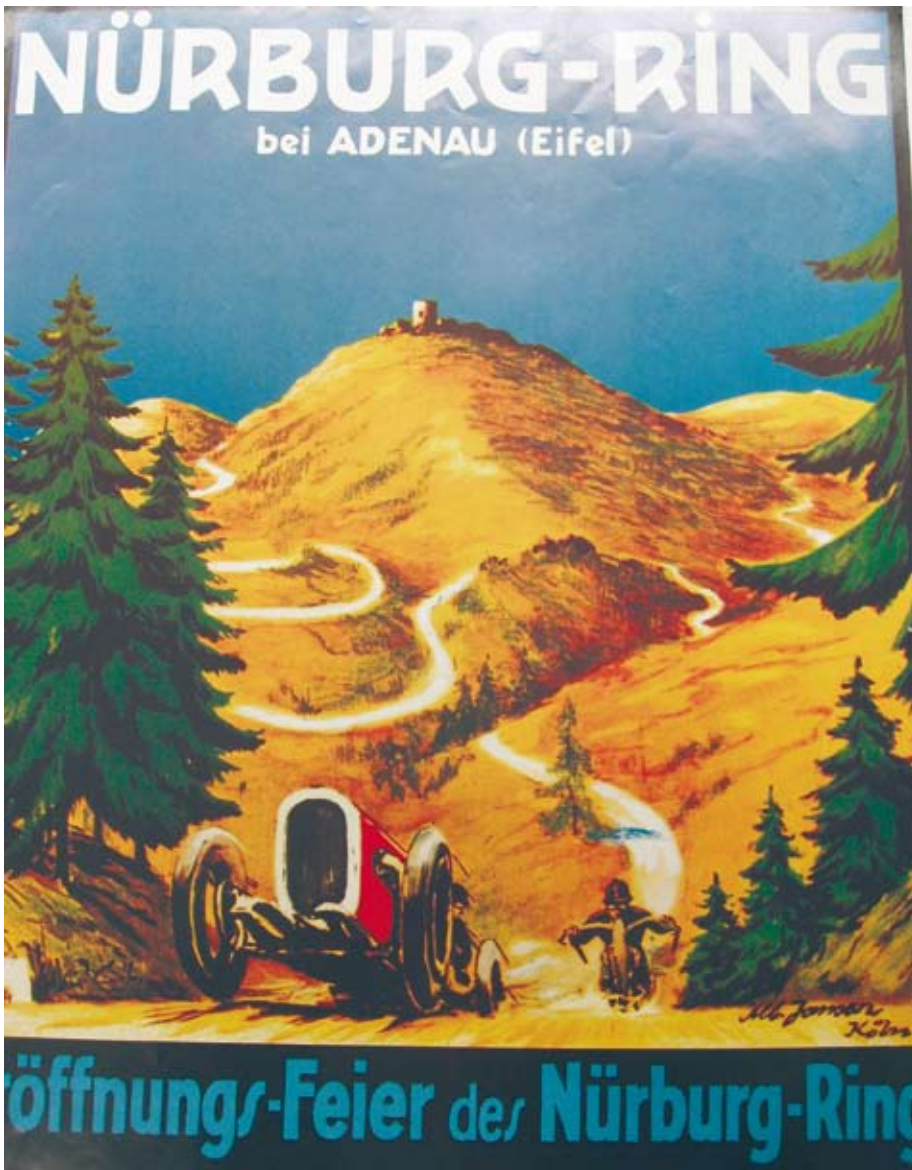
Marshall-Plan, Mark und Marktwirtschaft hauchten der Wirtschaft erstaunlich schnell neues Leben ein. So stieg auch der Durchschnittsverdienst in den 1950er Jahren real um 50 Prozent. Der Arbeitsaufwand für Artikel des Grundbedarfs sank um 30, für Genussmittel und Luxusgüter um 50 bis 60 Prozent.

Allerdings verharnte die Arbeitszeit der Sechstageswoche bei rund 48 Stunden. Die D-Mark verteuerte viele Waren und verlor bis 1959 ein Fünftel ihrer Kaufkraft.

Die Hoffnung, die Währungsreform mit einem „Kopfgeld“ von 60 DM werde Volkes Reichtum gerechter verteilen, trog: 1960 gehörten einem Sechstel aller Haushalte fast drei Viertel des Privatvermögens.

Lebensverhältnisse der 50er Jahre

Bald nahm die Wohlstandsrepublik deutlich Konturen an – nicht nur bei den Konfektionsgrößen. „Fresswelle“, „Kleidungswelle“ und „Wohnungswelle“ rollten durchs Land. Musik- und Heimatfilme begleiteten die erste „Reisewelle“ in die Berge bis nach Italien. Auch Rhein und Mosel lockten. Das Traumziel aber war Amerika. Sein Lebensstil setzte Maßstäbe, weckte Sehnsüchte: Kühlschränke und Fernseh-



Plakat zur Eröffnung des Nürburgringes 1927.

Repro: Peter Braun,RFM.

gerät, Kaugummi und Straßenkreuzer, Mickey Mouse und Tupperparty, Nylonstrumpf und Lederjacke, Petticoat und Rock-and-Roll, adrette „Fräuleins“ und pomadige „Halbstarke“. Deutschland entwickelte sich zu „Old Germany“.

Geschichte/Politik HS/RS/GY/GS
Kunst HS/RS/GY/GS

- Die Motorisierung des Rheinlandes
- Die Geschichte von Autofirmen/ -

händlern/ die Geschichte des Autos (Sek 1 7-10, Sek 2)

Es werden Kontakte zu Autofirmen geknüpft, deren Firmengeschichten sich über lange Zeiträume zurückverfolgen lassen. Diese werden nacherzählt und durch Bildmaterial veranschaulicht

- **Das Idealbild des Menschen zur NS-Zeit (Breker) und gegenwärtige Strömungen in einer kriegsfreien Umgebung (Bodybuilding, das Bild der Menschen in der Werbung, Körperliches Erfahren in Extrem-**

situationen, – sportarten). (Sek 1 7-10, Sek 2)

Der Bildhauer Arno Breker schuf für Hitler-Deutschland Skulpturen des körperlich idealisierten Menschen. Auch in der heutigen Zeit, Zeiten der Fitnessstudios, suchen viele nach dem Idealkörper, ein Segen für die am Konsum orientierte Werbebranche.

Beschäftigung mit der Bildhauerei Brekers, Vergleich mit heutigen Vorstellungsidealen, Suche nach Beispielen in Wort und Bild, die solche Ideale zu Marketingzwecken benutzen. Beachtung der Aspekte wie Primär- und Sekundärbedürfnisse. Welche Produkte werden z. B. mit dem idealisierten Mann beworben.

- **Musikepochen und choreografische Umsetzung (Sek1 10 ,Sek 2, Studenten des Tanzes und der Kunst)**

Es wird sich mit der Musik der in der Ausstellung angesprochenen Epochen auseinandergesetzt, Musikstücke werden gehört, auf ihre choreografische Umsetzbarkeit überprüft, Entsprechende ausgewählt und die passenden Ausdrucksmittel gefunden und einstudiert.

- **Ös joot (Sek1 9, 10, Sek 2)**

Sprachregionen des Rheinlandes in Kurztexten (Sketchen) und/oder szenarisch präsentiert.

- **Rievkooche(Primarstufe, Sek1)**

Rheinische Gerichte – Spezialitäten aus dem Rheinland.

Das Team

*Viele haben an der Realisierung dieser Ausstellung mitgewirkt.
Im Rheinischen Freilichtmuseum Kommern waren beteiligt:*



Foto: Manfred Lang, Agentur ProfiPress.



Rheinisches Freilichtmuseum Kommern
Landesmuseum für Volkskunde
Auf dem Kahlenbusch
53894 Mechernich-Kommern
Tel. 02443/9980-0, Fax 02443/9980-133
E-Mail kommern@lvr.de
www.kommern.lvr.de, www.wir-rheinlaender.lvr.de